

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Mus.

Aboonmentspreis 50 Pf. pro Monat,
1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegramm-Abreisszettel
Televerband Bochum.

Vereins- und Versammlungs-Anzeigen kosten die siebenpfennige
Rötelzelle oder deren Raum 25 Pf., im redaktionellen Teil 1 Mt.
Geschäftsanzeigen werden nach Erledigung der laufenden Aufträge
nicht mehr aufgenommen.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Um Abruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Berantwortlich für die Redaktion: Franz Volpert, Bochum.
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelshäuserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem
bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Zum 20jährigen Bestehen unseres Verbandes!

Ihr alten Veteranen,
Du junge Knappenschar,
heran zur großen Feier
Vom neunundachtzigsten Jahr. —
Wo uns ein Sproß geboren,
Ein echter Bergmannesohn —
Der Junge ist gewachsen
Und wird jetzt zwanzig schon. —

Ihr wisst, sein junges Leben
War oftmais arg bedroht,
An seiner Wiege standen
Die Sorge und die Not. —

Und könnten Wünsche frommen;
Wie man sie ihm geweiht,
Er wäre längst gestorben
Und längst begraben heut'. —

Doch trotz der schlimmen Feinde,
Hielt er gar wacker Stand,
Und trotz der falschen Freunde,
Erstarkte der Verband. —
Er ist's ja, den wir meinen,
Ihr kennt ihn alle ja,
Den Hirt der Bergarbeiter
Deutschlands fern und nah! —

Wie man ihn auch geheizet,
Wie man ihn auch bedrängt,
Gefüchtet und verfemt
Und überall gezwängt. —
Es hat ihn nicht gehindert
An Wachstum und Gedeh'n,
Er ist nur stärker worden,
Und so wird's immer sein. —

Als ihn der Schlag getroffen,
Der ihn zermalmen sollt',
Da ist er nicht gestorben,
Wie man's so gern gewollt. —

Er scheute nicht die Bande,
Ihn schreckte nicht die Haft,
Vom schlimmen Schlag zu Essen
Erwuchs ihm neue Kraft. —

Wohl ward so mancher Brave
Vom Sturm hinweggefegt,
Von Weib und Kind gerissen,
Zu früh ins Grab gelegt. —
Und wenn ihr heute feiert,
Gernah' ich euch der Pflicht:
Vergesst, o vergesst
Die treuen Toten nicht. — F. R.

Am 18. August 1889 fand in Dorstfeld bei Düsseldorf ein Bergarbeiterstag statt, der von mehr als 200 Delegierten aus den verschiedenen größeren Bergrevieren Deutschlands besichtigt war. Das Ergebnis der Beratung dieser Tagung war die Gründung des „Verbandes zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen in Rheinland-Westfalen“, der später mit der Zeit und Entwicklung mehrere Male wechselte, bis er schließlich den Namen „Verband der Bergarbeiter Deutschlands“ erhalten hat.

Der 18. August ist darum ein Jubiläumstag, ein Tag von großer Bedeutung für die gesamte deutsche Bergarbeiterchaft wie für die Bergarbeiter aller Länder. Er ist ein Tag der Erinnerung an uns, der Erinnerung an die Kämpfe, an das verflossene Blut, an die Tränen, die überreich geflossen sind. Kampf, Blut und Tränen, mit ihnen war die Saat gedüngt, aus der die Frucht, unsere Organisation entsprang! Dass es so war, das sollten wir, die Alten und Jungen, nie vergessen! Um so mehr, als die Jahre der schlimmsten Not und Pein hinter uns liegen. Und wir heute auf eine starkte, nicht zu unterschätzende Organisation herabblitzen können, mit Freude und Genugtuung, es doch so weit gebracht zu haben, trotz allem! Darum ist der 18. August kein Tag für die Zagenden und Verzweifelnden, sondern ein Tag der hoffnungsvoll Vorwärtsstreben im Kampfe um die Befreiung der Bergarbeiter aus Sklaventum, im Kampfe um die hohen spirituellen und kulturellen Ziele der modernen Arbeiterbewegung!

Wir können und wollen an dieser Stelle keine Geschichte des Verbandes der verflossenen 20 Jahre schreiben. Das wollen wir uns für die „Bergarbeiter-Zeitung“ aufheben, bis wir fünf Jahre weiter sein werden. Nur wenige Striche wollen wir zeichnen aus der Zeit vor der Organisationsgründung und den ersten Jahren des Verbandes.

Wir fühlen es heute noch nachzittern, die Aufregung, als in den Maitagen des Jahres 1889 die Empörung der Bergarbeiter in den Bergrevieren Deutschlands mit elementarer Gewalt losbrach. Die gewaltigste und riefigste Manifestation der Solidarität der Arbeiter war es, eine Manifestation, wie sie Deutschland bis dahin noch nicht gesehen hatte. Wie die Sturmbrust in der Nacht war der unvergessliche Riesenstreik der Bergarbeiter gekommen, alles mit sich fortreißend. Im Ruhrbecken legten rund 90.000, in den übrigen Revieren 40–50.000 Bergarbeiter die Arbeit nieder, um das, „was wir von unseren Vätern ererbt haben“, wiederzugewinnen. Mit Recht sah unter alter Veteran Ludwig Schröder am 14. Mai 1889 die Forderungen vor dem deutschen Kaiser in die Worte zusammen:

„Wir fordern, was wir von unseren Vätern ererbt haben, nämlich die achtstündige Schicht. Auf die Lohn erhöhung legen wir nicht den Wert. Die Arbeitgeber müssen mit uns in Unterhandlungen treten, wir sind nicht starköfig.“

Man appellierte an den deutschen Kaiser als „obersten Bergherrn“ um Vermittelung. „Sprechen Ew. Majestät nur ein Wort, so würde es sich gleich ändern und manche Träne würde getrocknet sein.“

Und der Kaiser sprach zu den drei Abgesandten der Bergarbeiter, Schröder, Bunte und Siegel. Er sagte ihnen, dass der Streik ein ungesetzlicher sei, weil die Ründigung nicht eingehalten war. „Ihr seid kontraktbrüchig!“ Die Regierung werde aber die Forderungen prüfen und das Ergebnis der Untersuchung durch die dazu bestimmten Behörden zugehen lassen.

Sollten aber Ausschreitungen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung vorkommen, sollte sich der Zusammenhang der Bewegung mit sozialdemokratischen Kreisen herausstellen, so würde ich nicht imstande sein, Eure Wünsche mit Meinem königlichen Wohlwollen zu erwägen. Denn für Mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind. Merke Ich daher, dass sich sozialdemokratische Tendenzen in die Bewegung mischen und zu ungesetzlichem Widerstand anreizen, so würde ich mit unnachlässlicher Strenge einschreiten und die volle Gewalt, die Mir zusteht — und dieselbe ist eine große — zur Anwendung bringen.“

Das waren die „Trostworte“, die der deutsche Kaiser durch die Deputation den streikenden Bergarbeitern gab, den Bergarbeitern, die durch eine fortgesetzte Kette von Kontraktbrüchen der Unternehmer erst in den verzweifelten Streik hineingetrieben worden waren.

Am 15. Mai empfing der Kaiser die Deputation der Bergherren. Der Ton dieser Audienz war ein ganz anderer als am Tage vorher. Immer aber riet der Kaiser noch zum Frieden. Die Bergwerksbesitzer möchten Führung mit den Arbeitern halten! Es ist ja zur Beendigung des Streiks in den nächsten Tagen nach der Audienz gekommen. Die Bergwerksbesitzer versprachen, einige Forderungen der Bergarbeiter zu bewilligen, andere Forderungen zu prüfen. Daraufhin fuhren die Bergarbeiter an, um sich verraten zu sehen. Die Bergwerksbesitzer brachen ihr Wort. Auf vielen Gruben wurden die Streikenden bei ihrer Anfahrt mit Spott und Hohn empfangen, viele Streikende wurden nicht mehr eingestellt. Es flackerte in den verschiedenen Bezirken des Ruhrbeckens der Kampf von neuem auf. Aber nur wenige Tage und die Schlacht war für die Bergarbeiter verloren.

Der Gewinn des Streiks war der Streik selbst und die Erkenntnis, dass wer kämpfen will, sich für solche Kämpfe vorzubereiten hat.

Wie die Dinge im Ruhrbecken damals lagen, erhellt sich auch daraus, dass am 24. Mai das in Bochum tagende Komitee der erneut in den Kampf getretenen Bergarbeiter verhaftet wurde. Warum, das weiß heute noch kein Mensch. Aber der Herr Schulte-Beninghofen, der die Verhaftung verfügte Bochumer Staatsanwalt ließ durchblicken, wie die Situation stand. Dieser Herr sagte zu den Bergleuten:

„Weshalb habt Ihr eigentlich gestreikt? Meint Ihr, die Grubenbesitzer wären sonst gestellt, um Eure Forderungen bewilligen zu können? Mein Vater ist auch Grubenbesitzer, ich weiß daher, wie es damit bestellt ist. — Ach, was soll ich noch länger reden! Einer von Euch hat gesagt: „Wir sind die Herren der Situation!“ Nein: „Wir sind die Herren der Situation. Wer nicht will, wie wir wollen, den lassen wir einfach niederkärrtischen!“ Herr Kommissar, führen Sie die Leute ab.“

Und alles das trotz der Kaiseraudienz, trotzdem, dass auf den verschiedenen Kirchhöfen sich schon die Gräber von Erschossenen gewölbt hatten, Gräber erschossener Bergarbeiter, von Bürgern und sogar — das einer Frau. 11 Tote und 26 Verwundete waren als Opfer gefallen. Wir haben nicht nötig, zwischen allem dem Vorhergegangen den Zusammenhang zu suchen. Die hier gemachten Mitteilungen über die einzelnen Vorgänge begafen alles, wie es damals beim Streik ausnahm. Verzweifelte, durch Unternehmerhochmut in den Streik getriebene, vertrauenslose Bergarbeiter; dann eine rohschnaubende, läugende Werkstatt, die Sukkurs erhielt durch die ihr nahestehenden Behörden. Und über alles hinaus die Ermahnung zur Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit. So war es im Ruhrbecken, so in den

übrigen deutschen Bergrevieren, wo Streiks tobten, und in sich verbluteten. Die Bergarbeiterchaft hatte an ihren Ketten gerüttelt. Auf mehrere Wochen hinaus hatte sich bewährt, was vorher nicht so recht zum Ausbruch in den Köpfen der Bergarbeiter hätte kommen können: Das vielfagende: „Einigkeit macht stark!“ Und: „Alle Räder stehen still, wenn Bergarbeiter, dein starker Arm es will.“

Der Streik war vorüber, aber nicht vergessen. Dafür sorgte schon mit die rohe, brutale Gewalt, mit der die Werksbesitzer und ihre Trabanten die Bergarbeiter behandelten. Hunderte Bergarbeiter waren ausgesperrt worden, ließen von Seche zu Seche, vergebens. Die Gefängnisse füllten voll von Bergarbeitern, die sich während, nach und wegen dem Streik in die Maschen der Gesetze verstrickt hatten. Sie saßen wegen Vergehen, für die heute sich kein Strafrichter mehr findet. Aber, wie schon gesagt, der Gewinn des Streiks, war er selbst. Man streikt nicht mit einem solchen Riesenheer, ohne dass nicht etwas zurückbleibt. Und Gewinn war der Gedanke, die Erkenntnis, dass Kämpfe vorbereitet werden müssen, dass das Heer der Kämpfenden erst durch die Schule einer Organisation diszipliniert und schlagfertig erzogen werden muss. Das war der Erfolg des Riesenkampfes im Jahre 1889.

Nach dem Streik traten die Bergarbeiter in Sitzungen und Versammlungen zusammen, um der kommenden Organisation vorzuarbeiten. Aufrufe erschienen in der Öffentlichkeit, Statuten wurden beraten und verworfen, wieder beraten, bis man sich endlich in Dorstfeld zur entscheidenden Tat aufräumte und es entstand dann unser Verband. Tausende und Abertausende Bergarbeiter schlossen sich ihm sofort oder in den nächsten Jahren an. Durchbare Feinde erstanden dem jungen Verbande, Feinde, die rücksichtlos die Waffen der Brutalität, der Niedertracht, der Lüge und der Zersplitterung schwangen und die es schließlich so weit brachten, dass der Verband, der schnell auf circa 50.000 Mitglieder gewachsen war, auf wenige Tausend zusammenschmolz. — In dieser Zeit wurde auch das berüchtigte Zuchthausurteil in Essen gegen Schröder, Meyer und Genossen gefällt! Damit sollte, so war die Meinung allerorts, dem Verbande der letzte Rest gegeben werden. Das Umgekehrte geschah. Zorn gegen das Essener Urteil und neue Begeisterung ergriff die verbliebenen Verbandskameraden. Es war genug geschehen, das Maß war voll! Die Gegner hatten ihre schärfsten Waffen benutzt, eine Steigerung der brutalen Behandlung unserer Organisation war nicht mehr gut möglich. Man bedenke, monatelang lautete oft in der „Bergarbeiter-Zeitung“ die Mahnung an die Bergarbeiter: „Kameraden, vergesst die Gemäfregelten und Inhaftierten nicht!“ Fortgesetzt saßen Beamte des Verbandes in den ersten Jahren seines Bestehens im Gefängnis. In fünf Monaten wurden drei Redakteure der „Bergarbeiter-Zeitung“ nacheinander verhaftet. Im Winter 1891 zählten an einem Tage die Verbandsführern Siegel für sich fünf Anklagen, Bünninghaus fünf Anklagen, Beckmann zwei Anklagen, Mayer zwei Anklagen, Möller sechs bis acht Anklagen, Schröder, Bunte und Bauer je eine Anklage. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlichte in mehreren Nummern lange Listen der angeklagten Kameraden in den Revieren.

So hat unsere alte Garde im Feuer gestanden. Wenn der Verband heute rund 110.000 Mitglieder zählt, mit weit über 3 Millionen Mark Vermögen, so danken wir es zum großen Teil den Mutigen, die in der Verfolgungsperiode stand hielten, nicht erlahmten und wenn die Stürme noch so brausten. Ihrer wollen wir am 18. August ganz besonders gedenken. — — —

Sinfame Volksbetrüger.

(Weitere lehrreiche Ausgrabungen.)

Die Erbschaftsteuer.

Dem „Vergnappen“ (!) wurde in letzter Zeit, so in Buer und Umgebung, ein Flugblatt, herausgegeben von der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland, beigelegt! Das Flugblatt behauptet sich: Die Reichsteuern von 1909. Die Zentralzentralszeitung in M. Gladbach sucht hier nachzuweisen, wie notwendig die 500 Millionen Pfund Steuern waren und warum das Zentrum an der Finanzreform mitarbeiten musste und wie das Zentrum bei Erledigung der letzten Finanzreform für „eine möglichst gerechte Verteilung der Steuern“ eingetreten ist!

Selbstverständlich wird im Flugblatt nicht ergählt, daß die Mittel- und Schuldenwirtschaft der letzten 1½ Jahrzehnte im Reiche mit auf das Konto der Zentralzentralszeitung im Reichstag zu sehen ist, woraus sich die Pflicht, für bewilligte Ausgaben auch Einnahmen zu schaffen, von selbst ergibt. Die „gerechte Verteilung der Steuern“ durch das Zentrum ergibt, daß ¾ der Steuern auf die Massen abgewälzt, ¼ auf Verkehr und Handel geworfen wurden. Wirklichen Besitzsteuern ging das Zentrum aus dem Wege, ja, es stimmte geschlossen gegen die einzige von der Regierung vorgelegte Besitzsteuer, die — Erbschaftsteuer! So etwas nennt dann die Zentralzentralszeitung „gerechte Verteilung“ der Steuern und Mitglieder und Vertrauensleute des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter laufen die Häuser ab, um das genannte Flugblatt von Haus zu Haus zu schleppen. Die Schule appelliert an die Dummheit!

Gehen wir zu, welcher Verstand und Geschicklichkeit die schwarzen Volksausplünderer fähig sind und wie sie ihre Schande zu verbreiten versuchen! Über die Wandelbarkeit des Zentrums in der Frage der Nachlasssteuer, sowie über das Bestreben dieser Partei, bei der letzten Reichsfinanzreform mit den Konservativen zusammenzutreffen, gibt die „Frankfurter Zeitung“ eine kurze, aktemäßige, überzeugende und unüberlegliche Darstellung. Es heißt da:

„Es steht fest, daß hervorragendste Mitstreiter des Zentrums Abhänger der Nachlasssteuer sind oder wenigstens waren, so die Abgeordneten Frigen, am Behnhoff, Gröber, Gerstenberger und Helm. Von Dr. Helm ist bekannt, daß er noch im letzten Winter für die Desendantenbesteuerung sich öffentlich ausgesprochen hat. Auch die Zentralzentralszeitung war zum Teil sehr lebhaft für die allgemeine Erbschaftsteuer eingegangen. Im Jahre 1905 erklärte d. B. die „Kölnerische Volkszeitung“ wiederholt, eine auf Kinder und Gatten ausgedehnte Erbschaftsteuer werde, richtig durchgeführt, zweifellos einen sozialen Fortschritt bedeuten. Einige Monate später brachte der Abgeordnete am Behnhoff im Reichstage einen ausgearbeiteten Nachlasssteuer-Untertrag ein, für den die „Kölnerische Volkszeitung“ sich lebhaft einzog. Als die „Deutsche Tageszeitung“ gegenüber dem Untertrag am Behnhoff auf die Bauernvereine des Westens hinwies, antwortete das rheinische Zentralblatt:

„Man kennt diese taktischen Mädelchen des Organs des Bundes der Landwirte. Die Bauernvereine haben bisher zu dem Antrag am Behnhoff überhaupt noch nicht Stellung nehmen können. Wenn sie das tun, so werden sie das sicher in weniger oberflächlicher Weise tun, als die „Deutsche Tageszeitung“.“

Es ist richtig, daß auf der anderen Seite im Zentrum stets Gegner der Nachlasssteuer vorhanden waren und daß diese bereits im Jahre 1906 in der Reichstagsfraktion die Mehrheit hatten und den Abgeordneten am Behnhoff zum Verzicht auf seinen Antrag zwangen. Aber es ist auch bekannt, daß noch im letzten Winter außer Helm eine ganze Anzahl von Reichsmitgliedern der Desendantensteuer freundlich gegenüberstanden. Bei der ersten Besprechung der Finanzreform freilich kamen diese Stimmen nicht zu Wort; die Spahn, Spahn und Speck, die als Fraktionsredner des Zentrums sprachen, wandten sich gegen das Nachlasssteuerprojekt. Wie wenig tief über die soziale Gegenreise des Zentrums gegen die Desendantensteuer sah, zeigt sich im April. Damals hatte es den Anschein, als ob die Mehrheit der konservativen Partei in der Erbschaftsteuerfrage nachgeben wollte. Das Zentrum mußte daher annehmen, daß seine Spekulation falsch gewesen sei, und da gleichzeitig die katholischen Arbeiter wegen der Haltung des Zentrums auffällig zu werden drohten, lenkten die Organe des Zentrums ein und versprachen, die Fraktion werde an der Gebanfallsteuer „mitarbeiten“. Aber die Blätter hatten zu früh an den Konservativen gezwiegt. Nach Ostern stellte sich heraus, daß die Konservativen an der Ablehnung der Erbschaftsteuer festhalten würden, und flugs war auch das Zentrum wieder fest geworden. Ihre Mitarbeit an der Erbanfallsteuer bestand nun in deren glatter ablehnung, und bei der zweiten Besprechung der Vorlage erklärte der Freiherr v. Hartling: „Wir haben in den Zeitungen gesehen, daß hervorragende Parteien dieses Hauses von dem Meßfall der Abstimmung über die Erbschaftsteuer ihre Stellung zu den individuellen Steuern abhängig machen wollen. Ich habe hier keinen Bedarf meines Freunde mitzuteilen; aber ich möchte den Herren zu erwidern geben, daß, was dem einen reicht, dem andern billig sei.“ Damit war offen angedroht, daß das Zentrum nicht nur die Erbanfallsteuer ablehnen, sondern sogar im Fall ihrer Annahme die ganze weitere Wirkung auf der Finanzreform eindellen werde. Den Konservativen war so ein Vorwand zu der Behauptung gegeben, daß das Zustandekommen der Reform nicht von der Annahme, sondern der Ablehnung der Gebanfallsteuer abhänge. Soweit trug das Zentrum der heißen Wut, die Konservativen für seine Parteizwecke einzufangen.“

Wie wollen die Ausführungen der „Frankfurter Zeitung“ noch durch folgendes ergänzen:

Am 20. März 1909 erklärte Abg. Gröber, als es sich um die Befreiung der Mittel für die Durchführung des Flottengesetzes handelte.

„Man bedurfte noch einer Ergänzungsteuer, die wohl nur in der Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer gefunden werden kann. Eine Reihe von technischen Schwierigkeiten, die der Erbschaftsteuer entgegenstanden, seien durch das Bürgerliche Gesetzbuch beseitigt worden, und die habe den Vorteil, alle gleichmäßig zu treffen. Aus der Ausdehnung auf die Desidenten würden sich kolossale Summen erzielen lassen.“

Besonders interessant ist, daß das Zentrum 1905/06 eine große Agitation zugunsten einer durchgreifenden Erbschaftsteuer entfaltete. Das führende Zentralorgan, die „Kölnerische Volkszeitung“ allen voran. So schreibt das Organ am 19. Januar 1906:

„Im allgemeinen sind die Vorzüge der Erbschaftsteuer in der finanziellen Literatur und der Presse seit Jahren so eingehend gewidrigt und die Wände gegen sie, insbesondere Desidenten und Ehegatten so gründlich widerlegt worden, daß es zu weit führen würde, die alles hier zu wiederholen. Wäre die Erbschaftsteuer nicht wirklich eine der beschaud und gesetzlichen Steuern, so könnte man es auch nicht verstehen, daß von Deutschland abgesehen, fast alle größeren Kulturstaaten die Erbschaftsteuer längst in dem Maße ausgehoben haben, daß sie bei ihnen eine der mächtigsten Stützen ihrer Finanzen geworden ist.“

Um 4. Dezember meinte dasselbe Blatt, in dem es die „verdorbenen“ Desidenten bekämpfte: Wollte man nicht die Matrikelsteuer erhöhen, so stelle ja mit der Ausbau der Erbschaftsteuer auf, welche unter dem sozialpolitischen Gesichtspunkt die gesetzliche und am leichtesten zu vertretende Steuer ist. „Hier wird vor allem der Nachtrag einzusehen haben. Die wirkliche Gestaltung der Erbschaftsteuer unter möglichster Befreiung aller Angestellten und Beamten aller wirtschaftlichen Räte ist unseres Meinung nach die große sozialpolitische Aufgabe der gegenwärtigen Reichsregierung.“

Am 7. Dezember erinnerte das „Kölnerische Volkszeitung“, um ja

um die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf die Desidenten bei groben Vermögen handeln. Das Blatt berief sich auf die Zustimmung der gesamten Zentralzentralszeitung und auf die Generalversammlung des Augustinusvereins, die sich in demselben Sinne ausgesprochen hatte. Als dann in einer Befürchtung die Erbschaftsteuer befürchtet wurde, zerstörte die Redaktion der „Kölner Volkszeitung“, zur Verteilung der Erbschaftsteuer, alle Gründe des Einsenders. Da hieß es (am 10. Dezember):

„Wir haben dieser Befürchtung Raum gegeben, weil die darin niedergelegten Ausschreibungen in manchen Kreisen geteilt werden und weil sie uns die willkommene Gelegenheit darboten, die Zentralzentralszeitung der hier vertretenen Ansichten dagegen zu vertreten. Der Vorwurf der Vorwürfe konstitutional, der jetzt gegen die Erbschaftsteuer besteuert der Desidenten erhoben wird, ist schon früher mit demselben Recht oder vielmehr Unrecht auch gegen die preußische Vermögenssteuer erhoben worden. Die Erbschaftsteuer ist überhaupt nur eine andere Form der Vermögenssteuer.“

„Sie über eine Konstitution des Einflusses löst sich mit demselben Recht klagen, wie über eine Konstitution des Vermögens. Der Staat schlägt die Arbeit nicht mehr als den Bevölkerung. Die grundsätzlichen Einwendungen gegen die Erbschaftsteuer besteuert der Desidenten sind ebenso wenig halbbar, wie die Gründe, die sich daraus gegen die Erbschaftsteuer überhaupt erheben.“

Gerade soziale Erwägungen sprechen in durchschlagender Weise, wie auch in der Kölner Generalversammlung des Augustinusvereins vom 2. Dezember 1905 sehr energisch betont worden ist, für eine Erbschaftsteuer, wenigstens für eine solche auf große Vermögen. Die großen Unterlassenchaften sind in sehr zahlreichen Fällen eher ein Unrecht für die Familien mit etwas anderem. Nichts ist bedenklicher, als wenn die Eltern aus vermögenden Familien schuldig wissens, daß sie eine beträchtliche Erbschaft zu erwarten haben, die sie mehr oder minder der Notwendigkeit entspricht, selbst zu erwerben, selbst etwas zu lösen.“

„Auch vom Standpunkt der „Vereinigung der Deutschen“ liegt die Sache ganz anders, als der Verfasser der obigen Befürchtung es aufstellt. Unseres Erachtens ist nichts geeigneter, den auf Vermögenskonstitution gerichteten Bestrebungen mit sanfter entgegenzuwirken, als eine gerechte, d. h. ausgleichende Heranziehung der großen Vermögen zu den allgemeinen Kosten. Die Anhäufung großer Vermögensmassen in einer Hand ist der stärkste Anreiz zur Konstitution durch die Allgemeinheit, wie eine starke Partei sie auch bei uns erzielt. Wer nicht will, daß früher oder später dieser Anreiz für die Massen ein übermächtiger werde, sollte mit dosirten Sorgen, daß wenigstens auf dem steuerpolitischen Gebiete ein gewisser Ausgleich geschaffen werde. Hier kann es geschehen ohne Konstitution, was gegenüber einer richtig begründeten Erbschaftsteuer von Konstitution redet, spielt mit Worten.“

Weiter, am 18. Dezember 1905 bezeichnete die „Kölnerische Volkszeitung“ die Reichsvermögenssteuer als „den Kern der Reichsfinanzreform“, die im Interesse des gesamten Mittelstandes, des ländlichen, wie des städtischen, dazu dienen würde, ihn vor anderen drückenderen und lästigeren Steuern zu schützen.

Wieder ein paar Tage später spricht das Zentralblatt über die Stirbung des Familienstaus und des Erbengesetzes. Es schreibt:

„Überhaupt entspringen manche Einwendungen gegen die Besteuerung der Desidenten einer allgemeinen Abneigung gegen die Erbschaftsteuer überhaupt. Wenn z. B. Gefülsmomente gegen die Aufforderung der Steuerträge „am frischen Grabe“ angeführt werden, so ist nicht abzusehen, marum man nicht mit demselben Gefülsmomenten auch die Erbschaftsteuer anderer naher Verwandten befürchtet. Solche Gründe kann man auch gegen jede andere geschäftliche Notwendigkeit bei Todesfällen, namentlich gegen die Erbschaftsausaunderlegungen zwischen den Eltern selbst anführen. Um „frischen Grabe“ wird und soll zudem auch der Steuerbeamte nicht erscheinen. . . . Das Zentrum ist entschlossen, sein Programm der Schonung der Schwachen konsequent durchzuführen. Das ist oder mir möglich, wenn das Geld dort geholt wird, wo es reichlich zu finden ist. Will man aber die ganz großen Vermögen besteuern, so ist dies, so lange eine Reichsfinanzreform und Reichsvermögenssteuer ausständlos ist, nur auf dem Wege möglich, den der Abg. Freihen gewiesen hat. Auf diesem Weg zu treten, liegt daher im Interesse aller derjenigen, welche die breiten Massen und den Mittelstand, einschließlich des Bauernstandes, schonen wollen. Daraum sollten gerade solche Kreise, welche die Interessen des gewerblichen Mittelstandes und des Bauernstandes eintragen, mit aller Entschiedenheit sich auf die Seite des Abg. Freihen stellen und am allermehrsten sollten sie, auf völlig sättigen Vorstellungen fußend, mit Prudzebungen hervortreten, welche nur irreleitend und verhegnd zu wirken gesetzt sind.“

Bei der ersten Beratung der Steuervorlagen am 21. November 1908 aber schon höhstes der Zentralabgeordnete Spahn, er brauche kaum zu erklären, „daß wir zu denen nicht gehören werden, die der Nachlasssteuer als Geburshelfer fördern werden. Die Erregung — das will ich aussprechen — gerade gegen diese Steuer ist in landwirtschaftlichen Kreisen allgemein, sowohl Kreise in Betracht kommen, die diese Steuer zahlen müssten“. Und bei der Schlussberatung, am 10. Juni 1909, brachte der Zentralabgeordnete Freiherr v. Hartling all die schönen Geschichten vom Familienstaus vor, welche die „Kölnerische Volkszeitung“ so wärmend verzaubert hatte. Da erklärte sich der Zentralabgeordnete — und er ist einer der klügsten — diese albernen Gründe anzuführen:

„Ich habe wirklich auch keine Lust, über unsere Ausschaffung des Eigentums als Familieneigentum zu sprechen, nachdem ich gesehen habe, wie man immer den Familienstaus nur mit Spott behandelt. . . . Dadurch, daß denen, die die Erbschaftsteuer nicht wollen, lediglich egoistische — wie geschickt — vorgeworfen werden, ist die Frage vollständig verwirkt worden. Gehen wir doch einmal hinaus in das Land! Sie geben sich einer ganz ungemeinen Läuseitung hin. Es ist nicht richtig, daß das ganze deutsche Volk darnach leidet, das Kindeserde der Besteuerung zu unterwerfen.“

Und Herr Spahn, der 1906 die englische Erbschaftsteuer als nachahmenswertes Beispiel hingestellt hatte, entdeckte am 17. Juni 1909, daß die Erbschaftsteuer zur Verplätzung des Grundbesitzes führe. „Die hohen Steuersätze in England . . . erweisen sich als schädlich für die englischen wirtschaftlichen Verhältnisse.“

All das wurde gegen eine Steuer gesagt, die von dem führenden Zentralblatt als die „unter dem sozialpolitischen Gesichtspunkt gerechte und am leichtesten zu vertretende“ bezeichnet worden war; und das waren genau dieselben heuchlerischen Gründe, die das größte Zentralorgan glänzend in jedem Punkt widerlegt hatte.

„So, und nun vergleiche man, wie das weiter oben erwähnte Volksvereinsblatt den Umsatz der Zentralzentralszeitung zu verteidigen versucht. Hier heißt es, daß Zentrum habe deshalb die Erbschaftsteuer abgelehnt, weil es die Großkapitalisten nicht schonen wollte, weil diese den leistungsfähigeren Besitz darstellen. Wie naiv! Als ob nicht die industriellen Großkapitalisten von der Erbschaftsteuer mit betroffen worden wären? Der kleine und mittlere Landwirt, wie der gewerbliche Mittelstand wären an der Erbschaftsteuer, die erst von einer 20.000 Pf. Erbschaft an beginnen sollte, wenig oder gar nicht betroffen worden. Das zentralistische Blatt schwindelt, wenn es etwas anderes sagt. Und es sagt etwas anderes! Nein, die Großkapitalisten und Großgrundbesitzer hätte diese Steuer vornehmlich getroffen. Um das zu verschleiern, summte das Zentrum gegen diese Steuer. Das Zentrum wollte nicht, daß der große Geldsack hier bluten sollte, wollte nicht, daß das Reich zu einer exzessiven Besitzsteuer kam. Das Zentrum wollte die reichen Staatsbetrüger decken, die heute noch dem Staat jährlich viele Millionen Steuern hinterziehen! Das und nur das ist die Wahrschheit für den Umsatz der Zentralzentralszeitung in dieser Frage.“

Die irreleitenden und verhegnden Grundgebiungen, die, wie wir zeigten, „Kölnerische Volkszeitung“ einschließlich der Befürchtungen der Zentralzentralszeitung, um ja

befürchtete. Dieselben irreleitenden und verhegnden Grundgebiungen müssen heute erhalten, um den Umsatz der Zentralzentralszeitung zu beschönigen und zu vertuschen.

Das Zentrum traf gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: Es beging das schässende Volk und bekam Gelegenheit, im Bunde mit den Konservativen politische Ränke, Spielerien zu treiben, d. h., den ihr verhafteten Meistern, Kanzler die Treppe hinunter zu werfen. Nun, es ist nicht unsere Sache, dem letzteren Coup der schwarzen Volksbetrüger nachzuspülen. Das ist Sache der politischen Tagesspreche. Wir kämpfen gegen die Volksausplünderung an, weil wir und alle die Arbeiter darunter schwer bluten müssen. Und wir können nicht zulassen, wie die Zentralzentralszeitung die von ihr in maßloser Weise bei der letzten Finanzreform ausgeschlagene wirtschaftliche Bedrückung zu vertuschen sucht. Diesen Beträger und Arbeiterfeinde die Maske vom Gesicht zu reißen, ist eine Aufgabe, die wir uns sicherlich nicht gerne unterziehen, die sich aber durchaus notwendig macht. Sonst kennt der Volksbetrug und die Volksausplünderung dieser Partei keine Grenze mehr.

Ewiges über die Abstimmung der sog. Arbeiterabgeordneten über die neuen Steuern.

Es ist ja selbstverständlich, daß uns die Abstimmung der sog. Arbeiterabgeordneten im deutschen Reichstag über die neuen Steuern am meisten angeht. Zu diesen Abgeordneten rechnen wir Becker-Urburg, Behrens, Bleibtreu, Hauecker, Schad, Schiller, Schirmer und Wiedeburg. Außerdem sind die politischen Abgeordneten Breitkopf, Körner, Mayer, Rösler, Schäfer, Schiffer, Spahn und Wiedersieg.

Es fehlt ja selbstverständlich, daß die Abstimmung der sog. Arbeiterabgeordneten in der Zentralzentralszeitung des Augustinusvereins vom 2. Dezember 1905 sehr energisch betont worden ist, für eine Erbschaftsteuer, wenigstens für eine solche auf große Vermögen. Die großen Unterlassenchaften sind in sehr zahlreichen Fällen eher ein Unrecht für die Familien mit etwas anderem. Nichts ist bedenklicher, als wenn die Eltern aus vermögenden Familien schuldig wissens, daß sie eine beträchtliche Erbschaft zu erwarten haben, die sie mehr oder minder der Notwendigkeit entspricht, selbst zu erwerben, selbst etwas zu lösen.“

„Auch vom Standpunkt der Vereinigung der Deutschen liegt die Sache ganz anders, als der Verfasser der obigen Befürchtung es aufstellt. Unseres Erachtens ist nichts geeigneter,

den auf Vermögenskonstitution gerichteten Bestrebungen mit sanfter entgegenzuwirken, als eine gerechte, d. h. ausgleichende Heranziehung der großen Vermögen zu den allgemeinen Kosten.“

„Der Staat schlägt die Arbeit nicht mehr als den Bevölkerung.“

„Wir können nicht zulassen, wie die Zentralzentralszeitung die von ihren Abgeordneten so lange bis die Abstimmungen vorbei waren, in den Wandelgängen, der Restaurierung oder auf dem Abort des Reichstags vertreten.“

Bei der dritten und letzten Beratung der Finanzreform gestaltete sich bei den einzelnen Steuervorlagen wie über das ganze Gesetz die Abstimmung aller Abgeordneten wie folgt:

	Spahn	Becker	Behrens	Bleibtreu	Hauecker	Körner	Mayer	Rösler	Schäfer	Schiller	Schirmer	Wiedeburg
Für den Familienstaus	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Für den Geburshelfer	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Für den Sozialstaat	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Für die Rente	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Für die Gesundheitspflege	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Für die Bildung	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Für die Arbeit	ja	ja										

Proteste gegen die Volksauswanderung

durch die Zentrumspartei mühren sich auch innerhalb dieser Partei. Die Unzufriedenheit wird hier immer größer und das wird noch schlimmer werden für die schwarzen Volksvertreter, wenn es die Steuerung in vollem Umfang eingestellt haben wird. Wir haben schon in vorheriger Nr. der "Bergarbeiter-Zeitung" mitgeteilt, wie der Groß sich in Zentrumskreisen breit gemacht hat. Auch Herr Giesbertz musste das erfahren, als er in der gesetzten Deputiertenmännerkonferenz in Essen seine Haltung im Parlament und der Reichsfinanzreform zu verteidigen hatte. Sogar christliche Gewerkschaftssekretäre rückten dem einstigen Arbeitgeber und alten Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung hart zu. Dieser wehmehrte, daß ihm die Politik schon lange keine Freude mehr mache und daß es ihm nur erwünscht sei, wenn er die Last eines Mandates nicht mehr zu tragen brauchte. Giesbertz ergeht es wie seinem Freunde Stegendorf, der nicht für 50000 Wk. jährliche Diktaten ein Mandat übernehmen möchte nun, wir können das verstehen, weil schließlich die Doppelstellungen, in die die christlichen Gewerkschaftssekretäre in den Parlamenten gedrängt werden, recht unangenehme Situationen im Gefolge haben. Für den, der als Abgeordneter zum Beispiel die Zentrumspolitik bei der Finanzreform mitgemacht hat und auch für den, der diese Politik zu verteidigen hat. Das mag folgender Vorfall zeigen:

In einer öffentlichen Versammlung, die kürzlich auf Veranlassung des liberalen Bürgervereins in Bonn stattfand, nahm in der Aussprache auch der christliche Arbeitsssekretär Alüber das Wort, der die Haltung seiner Partei in der Reichsfinanzreform zu verteidigen versuchte. Ihm erwiderte der Redakteur Dr. Alttemper von der "Deutschen Wacht", der Wochenschrift der Deutschen Vereinigung, der vorwiegend aus Katholiken bestehenden Antizentrumsorganisation, die politisch konservativ, im übrigen stark agrarisch gerichtet und in ihrer Mehrheit gegen die Erbschaftssteuer ist. Dr. Alttemper, der Vertreter der "Deutschen Vereinigung", hielt dabei dem Herrn Arbeitsssekretär folgendes vor:

"Ich begreife, daß ein Agramiter gegen die Erbschaftssteuer protestiert, aber wie Sie als Agramiter und Vertreter von Arbeitern gegen die Erbschaftssteuer sein können, das verstehe ich nicht."

Das darf ein Vertreter konservativer und agrarischer Interessen ihm Arbeitsssekretär sagen — und der Arbeitsssekretär mußte dazu schreien:

In Düsseldorf hat Herr Mathias Schiffer, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften sowie Vorsitzender des christlichen Textilarbeiterverbandes in einer Versammlung über die Finanzreform geredet und wie das Zentrum organ, das "Düsseldorfer Tageblatt" berichtet, unter anderem gesagt: "Wenn wir als Abgeordnete das Recht und die Pflicht haben, den Reich nach Möglichkeit aus finanziellen Rüthen zu helfen, so gibt es aber auch wieder eine Grenze, wo man sagen muß, bis hierher und nicht weiter. Ich kann nicht auf der einen Seite als Gewerkschaftsführer für Verbesserung der Lage der Arbeiter eintreten und auf Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hindeuten, während ich auf der andern Seite einem Gesetz zustimme, das nach meiner Überzeugung Tausende von Arbeitern brotlos macht! Ich kann nicht zwei Dinge tun, die sich nicht miteinander vereinbaren lassen, die in Widerspruch stehen. Wir haben also gegen die Besteuerung des Tabaks gestimmt, nicht mit Rücksicht auf die Konsumanten, sondern wir haben Rücksicht genommen auf die armen Tabakarbeiter, die nur für ihren Beruf gebraucht sind. Wenn auch vier Millionen Mark bewilligt sind für arbeitslos werdende Arbeiter, so ging es mit doch zu weit, erst die Beute arbeitslos zu machen und ihnen dann Klänen zu geben!!! Was die Landholzbesteuerung und die Erhöhung des Kaffeezolls betrifft, haben wir dagegen gestimmt. Genügt es zu besteuern, erschien mir erlaubt, aber nicht Nahrungsmittele und Streichölzer, die nicht zu entbehren sind. Das ging mir über die Kuffnau. Ich habe diese Steuer als grausame Steuer bezeichnet!!!"

Wenn sich unsere Stellungnahme zu den neuen Steuern rechtfertigt, dann gewiß durch die Ausführungen Schiffers. Wenn er, oder dieser und jener von den Arbeitabgeordneten gegen vereinzelte Konsumsteuer gestimmt haben, so macht sie das nicht schuldlos an der gegenwärtigen Lage. Standen die christlichen Gewerkschaften wie ein Mann gegen die Konsumsteuer auf, dann hätten es sich die Zentrumspartei und auch andere Parteien sehr vorsätzlich überlegt, ob man so verfahren durfte, wie man es getan hat. So aber haben Arbeiterabgeordnete den Volksausplünderern im Parlament den Rücken gekehrt, und Herr Schiffer und mit ihm die anderen Arbeitabgeordneten haben auch im Reichstag nichts ernsthaftes getan, um den Beutezug auf die Taschen des arbeitenden Volkes abzuwehren. Stimmt doch die gesamten Arbeitabgeordneten gegen die Erbschafts- oder Nachlasssteuer und sie stimmten für die Bier- und Branntweinsteuern! Dabei lehnten sie eine Unterstellung der durch die neuen Steuern brotlos werdenden Brauerei, Brennerei- und Zündholzarbeiter ab! Sie müssen schön mit verantwortlich gemacht werden für die Volksausplünderung, voll und ganz! Warum seien sie sich in die Reihen solcher Parteien, deren die Arbeiterinteressen gleich Null sind? Mitgegangen, mitgehangen!

Wie es in den Zentrumserien aussieht, dafür noch einige Beispiele:

Im "Bayerischen Vaterland" veröffentlicht der katholische Pfarrer Münsterer von Pondorf in Niederbayern einen sehr beweiswerten Artikel, in dem er das Zentrum u. a. wegen seiner Steuerpolitik heftig angreift. Er schreibt:

Das in wirtschaftlicher Beziehung ohnehin schwache, katholische Volk sagt sich eben immer und immer wieder: 400 Millionen der neuen Steuern muß das marktähnliche Volk zahlen und nur 100 Millionen trägt der Besitz." Und dabei hat das Zentrum in entscheidender Weise mitgeholfen. Darüber kommt der einfache, katholische Mann im Volke nicht hinweg, offen gestanden, ich auch nicht (!!)

Auch die Bauern machen arg harte Köpfe. Auch sie sagen sehr richtig: "Den Hinteren heißt halt allemal der Hund." Der Vorsteher unseres Käffelvereines, ein gleichfalls intelligenter, katholischer Bauer, gebraucht dabei als begeisteter Imker folgendes, tollige Bild: "Hört's mal auf mit all' diesem Gusshus und was sonst der Staat für'n Bauern tut. Der macht's alsurz wie 't mit meine Kuh'n: Wo hängt er ihnen net, damit er's hinter wieder rausnehmen kann. Dös sieht man wieder bei da neuen Steuern."

Und an anderer Stelle sagt Pfarrer Münsterer:

Die Erhöhung unter den organisierten, katholischen Arbeitern gegen das Zentrum ist z. B. ganz verleuchtter. Nicht bloß in der Pfalz, sondern auch bei uns in Alt-Bayern. So hatten wir hier bald nach Annahme der Finanzreform eine Arbeiterversammlung. Wir gegenüber nehmten sich meine Leute kein Blatt vor den Mund, das beruht nämlich auf freundschaftlicher Gegenseitigkeit. Donnerwetter, was ich da über „das“ Zentrum ... im Reichstage schimpfen hörte, war nicht schlecht. Ich konnte, offen gestanden, weiter nichts darauf sagen, als: „Sau!, wenn es sich nur net um andere Geschichten handeln tut, als bloß um da Konsumsteuern, nachher sagst 't ja selber: „Gau'n wir's alle mitananda zum Teufel!“ „Ja, 's soll's schon“, brummten sie dann erbittert und gaben mir auch wieder Recht."

Wir stellen fest, daß der Zentrumabgeordnete Dr. Heim Mälgentümer des Blattes ist und der Pfarrer sich zur Zentrumspartei bekennt. Weiter: Der dem Zentrum nahestehende Abgeordnete Giesbertz erstaute in Neustadt a. d. W. vor seinen Wählern, Kleinkläfern und kleinen Bauern, Bericht über seine Tätigkeit im Reichs-

tage. Es kam zu stürmischen Szenen, als Giesbertz die neuen indirekten Steuern als im Interesse des Vaterlandes gelegen zu verteidigen suchte. Die aufs höchste erregten Bauern und Bürger ließen ihren Abgeordneten schließlich überhaupt nicht mehr reden und verlangten ununterbrochen Niederklegung des Mandats!! In größter Erregung löste sich die Versammlung auf. Als der Volksvertreter dann unter der Obhut der Gendarmerie den Saal verließ, wurde er auf dem Wege zum Bahnhofe von der gesamten Bürgerchaft ausgelacht, verwünscht, verspottet und ausgepfiffen!!

Besser als Giesbertz erging es dem Zentrumabgeordneten Schäbler. Dieser hielt am Mittwoch, den 4. August, eine Versammlung für katholische Arbeiter und Arbeiterinnen in München ab, in der er die Finanzreform besprach. Eine Diskussion wurde nicht gestattet, da man befürchtete, daß aus den Reihen der christlichen Arbeiter Angriffe auf die Steuerpolitik des Zentrums erfolgen würden. Aus der Versammlung heraus wurde darauf Dr. Schäbler folgende schriftliche Anfrage überreicht: "Da eine Diskussion nicht gestattet ist, erlaube ich mir die Anfrage an den Herrn Referenten zu stellen, warum das Zentrum dem Arbeiterstand neuerdings die Belegschaft so erheblich verteuert hat, während das Kapital bei der Reichsfinanzreform so liebenvoll geschont wurde! In bezug auf die soziale Fürsorge frage ich an, wie sich der Herr Referent die Ausbringung der Mittel für die 1902 verschobene Witwen- und Wallfahrtsversicherung denkt." — Dr. Schäbler hat auf diese Anfragen keine Antwort gegeben. In seinem Referat hatte er betont: Wahrheit über alles! Dr. Schäbler hätte dem Anfragenden die Wahrheit sagen müssen, und darum schwieg er.

Mögen für heute diese Feststellungen genügen. Daß dem führenden Zentrumsorgan, der "Germania", ob solcher Stimmung in katholischen Arbeiterkreisen nach Vertrauenskundgebungen für die zentralistische Fraktionspolitik bei der Finanzreform drängt, kann man sich leicht denken. Freilich verlangt das Blatt, daß diese Vertrauenskundgebungen aus den Wählermassen herauskommen möchten — freiwillig und mit Werbe. Ja, wenn diesen Leuten nur der Magen nicht so sehr knurrte, bleibte dann: So aber ist der Volksunwille da. Kein Mensch kann verstehen, wie man das arbeitende Volk so belasten, die Reichen so schouen könnte. Und das in einer Zeit, wo wirtschaftliche Ungunst und eine Steuerung die Lebenslage der Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern stark bedroht.

Börsenwirtschaftliche Rundschau.

16,7 Millionen Mark Erbschaftssteuer in einer Woche — in England.

Der deutsche Reichstag hat dank der Toreheit des deutschen Volkes, das sich bei den letzten Wahlen gründlich hat über's Ohr hauen lassen, eine ganz geringsfügige Erbschaftssteuer eingeführt und abgelehnt. Um so interessanter sind die leichten Ergebnisse der englischen durch das ber. Steuern beim Erbfall. Allein in der am 24. Juli abgelaufenen Woche hat der britische Schatzkanzler 10 700 000 £. an Erbschaftsteuern eingenommen. Das beträgt mehr als das Doppelte des Ertrages, der mit durchschnittlich 8 250 000 £. wöchentlich bei einem jährlichen Gesamteinnahmen von 429 Millionen Mark geschäft worden war. Vom 1. April bis zum 24. Juli hatte die Erbschaftssteuer 174 200 000 £. oder durchschnittlich 10 400 000 £. in der Woche abgeworfen. Die Erbschaftssteuer wird also erheblich mehr einbringen, als im Budget vorgesehen ist. Dazu hat jetzt die englische Regierung in ihrer Finanzvorstudie eine Erhöhung der Erbschaftssteuer vorgeschlagen, die den Ertrag der Erbschaftssteuer auf 520 Millionen erhöhen soll. Hätten wir die englische Erbschaftssteuer, so wären all die volksbelastenden indirekten Steuern unzulänglich gewesen. Aber freilich: nähmen die deutschen Arbeiter ihre politischen Rechte so eifrig wahr wie die englischen es unter einem fast noch schlechteren Wahlrecht tun, so könnte ein Abgeordneter von den lebigen bürgerlichen Reaktionssparteien in den Reichstag zurück.

Die Liebesgabe für die Agrarier.

Im "Berliner Tageblatt" beschäftigte sich vor einigen Tagen der Abgeordnete Hoff mit der Branntwein-Liebesgabe für die Agrarier. Im Anschluß hieran veröffentlicht das "Tageblatt" folgendes Schreiben eines Großbilldeutlers aus Mitteldeutschland:

Herr J. Hoff, Mitglied des Abgeordnetenhauses, irrte sich, wenn er behauptet, daß die Liebesgabe den Agrarier nur eine Rente von 45 Millionen abwirkt; dieselbe ist in der Tat bedeutend höher, was nachfolgendes Rechenexample beweisen wird:

Der Konsument an Trinkbranntwein ist jährlich 240 Millionen Liter in Deutschland, und das Kontingent bewegt sich in dieser Höhe (4/5 Liter pro Kopf der Bevölkerung). Diese sind bezahlt worden mit 86 M. pro 100 Liter (z. B. voriges Jahr). Hierbei gehen ab 16 M. Brannweinsteuer, circa 6 M. Brennsteuer; demzufolge haben die Agrarier gelöst für 240 Millionen Liter Trinkbranntwein, netto = 100 Liter 64 M., circa 158 000 000 M. Dagegen war der zehnjährige Durchschnittspreis an der Berliner Börse (1877 bis 1887) nur 38 M. für Rohspiritus gewesen. Hierin waren inbegriffen 16 M. Maßraumsteuer; daher war der Erlös für 240 Millionen Liter nur 48 Millionen. Sie erzielten daher jetzt 105,6 Millionen mehr als vor der Kontingentierung, da die gewerblichen Brennereien lahmgelegt worden sind.

Auch für den Rest der Produktion (circa 160 Millionen Liter), welcher hauptsächlich für Brenzwecke Verwendung findet, wird circa 10 M. pro 100 Liter mehr erzielt als vor 1887.

Die Berliner Produktenbörse wird jedenfalls obige Angaben bestätigen können. Sie werden manchem die Augen öffnen, welchen ungeheure Nutzen die Agrarier durch dieses in keinem andern Lande der Welt stehende Branntweingeist gehabt haben.

Diese Beträge, die aus den Taschen der Konsumenten der Armen herausgeholt worden sind, hätten fast hingereicht, die sämtlichen Schulden des Reiches zu tilgen."

Nur unseren Rechtschutzbureaus.

Halbjahresbericht des Arbeiterssekretariats Waldenburg.

Die Frequenz des Sekretariats im ersten Halbjahr 1909 ist eine außerordentlich starke und beweist, daß dieses Institut der organisierten Arbeiterschaft in stets steigendem Maße das Vertrauen der breiten Bevölkerungsschichten gewinnt. Die vom Meid distanzierten Geschäftigkeit mancher unserer Gegner und leider auch einzelner Behörden, können zu unserer Genugtuung daran nichts ändern. Die stets wachsende Arbeitslast, die besonders in den Monaten der Steuerveranlagung ungeheure Anforderungen stellt, machte die Anstellung einer routinierten Hilfskraft notwendig.

Die Zahl der Auskunftssuchenden betrug vom 1. Januar bis 1. Juli 1909 4260 Besucher, davon 3418 männlichen und 844 weiblichen Geschlechts waren. Die Zahl der registrierten Besucher betrug 4590; die Zahl der erzielten Auskünfte 4622; davon wurden 2382 mündlich erledigt, 2270 schriftliche Bearbeitung. Unter letzteren befinden sich 1422 Steuerfachen. Gewerkschaftlich organisiert waren 2455, politisch organisiert 1055, nicht organisiert bzw. nicht organisationsfähig 1502 Besucher.

Folgende Tabelle veranschaulicht den Geschäftsbetrieb der einzelnen Monate:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Insgesamt
Zahl der Besucher	577	406	509	703	1041	924	= 4260
Geschl. d. wiederholten Besucher	624	502	598	748	1126	992	= 4590
Zahl d. Auskünfte	617	437	604	756	1115	1049	= 4622
Davon mündlich	408	328	385	361	412	458	= 2382
Davon schriftlich	209	159	219	395	703	585	= 2270
Von den Besuchern waren männlich	419	343	449	558	881	768	= 3418
nebenlich	158	103	120	145	160	158	= 844
Gewerkschaftlich organisiert	319	253	309	403	640	531	= 2455
Politisch organisiert	149	129	166	176	233	202	= 1055
Nicht organisiert	197	178	211	282	321	313	= 1502
Davon nicht organisatorisch	166	149	160	154	182	230	= 1050

Von den erzielten Auskünften entfallen auf die einzelnen Gebiete:

Arbeits-Vertrag	Arbeits-Vertrag	Bürger-recht	Gemeinde-recht	Stadt-recht	Arbeits-Vertrag	Arbeits-Vertrag
Januar	163	89	108	76	64	22
Februar	110	74	107	43	58	17
März	147	87	192	82	71	8
April	118	78	144	816	68	18
Mai	114	68	164	701	49	18
Juni	161	93	183	620	59	19
	817	487	1038	1734	300	86

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat in Essen.

In der letzten Betriebszeit wurden die Umsätze für das erste Quartal 1909 wie bisher für Kohlen auf 9 Proz. für Röls auf 8 Proz. und für Brilets auf 5 Proz. festgelegt. Ein Geschäftliches ist nichts zu berichten. — Die Sitz daran aufsleitende Bechtersbacher Versammlung legte die Beteiligungsanteile für September d. J. wie bisher in Kohlen aus 90 Proz. in Röls auf 80 Proz. in Brilets auf 80 Proz. fest und genehmigte eine vorgeschlagene Erhöhungserklärung zum Betrag. Sodann erstattete der Vorstand den üblichen Monatsbericht. Dieser ergibt folgende Ziffern:

sicher Förderbahn keineswegs genügte. Es mußte der Grubenverwaltung klar sein, daß beim Vertragen der Wagen ein Unglück zu gewartigen sei. Sie mußte damit um so mehr rechnen und andere Sicherheitsmaßregeln längst treffen, da schon mehrfach der volle Wagen durchgegangen sein soll. Eine Parallelstreide zur Verförderung der leeren Wagen, oder wenigstens eine Platte in der Kurne wären die geeigneten Sicherheitsmaßnahmen. Letzteres ist auch schon wiederholt von den Arbeitern gefordert worden. Warum ist dem Wunsche der Arbeiter nicht rechtzeitig Beachtung getragen worden? Muß die neue Althoff'sche Manier, die da heißt: „Nehme Kosten schaffen!“ erst solche traurigen Unglücksfälle geltigen? Noch schlimmer scheint es mit den sanitären Einrichtungen zum Transport und der Behandlung Verunfallter zu stehen. Nach uns zugegangener Mitteilung mußte ein Arbeiter den Verunglückten auf den Niederknien nehmen. Mit dem Steide um den Leib geschlungen wurde ja Vermaltnis die Fügungen hinausgeschottet. Nur hielten die Arbeiter diese Maßnahme unter den obwaltenden Umständen für die einzige richtige, uns beschleicht aber, obwohl wir manches Überzeugunglich gesehen, doch bei einem solchen Transport das Gefühl, als ob es hier schon an manchen gescheht habe. Außerhalb des Grube mußte dann der Schwerverletzte stundenlang liegen, um den Krankenwagen zu erwarten. Dieser kam aber nicht und so nahm man eine, mit zwei Nähern versehene Karre, die eher einer Schindelkare als einem Transportmittel für Schwerverletzte ähnlich sah und fort gings endlich über Stiege und Stein unter dem herzerregendsten Stöhnen des Verletzten den welten Weg nach Bückeburg ins Krankenhaus. In der Ortschaft Bühlen passierte dann noch mit dieser Märtterfahrt das Unglück, ein Blud zu verlieren und nur der Achtsamkeit der Begleiter ist es zu danken, daß man den Vermaltnen nicht noch auf dem Steinpflaster herumrollerte. So kam man dann endlich gegen Abend (das Unglück war vormittags passiert) im Krankenhaus an. Ein Trunk Wasser war noch das Einzige, was er von seiner anwesenden Frau wünschte und bald starb er. Wie fragen ausgängig eines solchen Transports: Hat man denn gar kein Gefühl mehr für einen im Dienste des Fiskus vermaltnen Menschen? Warum könnte ein geeigneter Krankenwagen nicht schnellst zur Stelle sein? Ach, es war nur ein Arbeiter. Grubendirektoren und Bergbeamte haben wie auf solemnem Transportmittel hätten wie bald gesagt — Schleifschlag ist rätsiger, noch nicht gesehen. Nun, der Kamerad Gessmann hat ausgestanden, er hat das Blutmeer im Bergbau um ein weiteres Opfer vermehrt. Welcher Ehre und Achtung der Bergarbeiter sich unter den Kameraden erfreute, wie empföhlt die Kameraden aller Orten über seine Behandlung waren, das gelte die Beerdigung, wie eine gleiche Sühne wohl noch nicht gesehen hat. Die vielen Hunderte organisierter Kameraden, die ihren Toten begraben, bildeten eine einzige starke Anklage gegen ein System, das solche Unfälle gehört. Ulfersfeind und auch bei uns wird Karl Gessmann, der als stiller Kämpfer unermüdlich gewirkt hat, ein reuus Andenkens gewährt bleiben.

Gewerkschaft Teutonia (Wustrow). Schön ist das Bergmannsheim, herrlich ist sein Lohn. Diese schmelzelnde Strophe hat für die gesamte Bergarbeiterchaft längst ihre Existenzberechtigung versoren, da von „schönem Leben“ und „herrlichen Löhnen“ längst nicht mehr geredet werden kann. Ja, wie steht es denn heute in der gesamten Kaliindustrie des Hannoverschen Bezirks? Arbeitserlässungen, Hunger, Elend, brutale Behandlung von Seiten der Vorgesetzten stehen an der Tagesordnung und es wird von den Arbeitern in vielen Fällen diese menschenunwürdige Behandlung geduldet, um stärkeren Elend nicht preiszugeben zu sein. Die Gewerkschaft Teutonia scheint in oben angeführten Behandlungen den Ruhm schlagen zu wollen. Sind doch schon seit Bestehen dieser Muster-Gewerkschaft die unglaublichesten Dinge in die Öffentlichkeit gesichtet. Leider konnte die Belegschaft infolge der schwankenden Konjunkturen, die sich namentlich auf Teutonia bemerkbar machen, den nötigen Druck auf Abstellung dieser Missstände nicht ausüben. Die Altinnenehrheit dieser Gewerkschaft befindet sich in den Händen eines Konkurrenz, welches beabsichtigte, diesen Aktienblock an amerikanische Goldleute zu verkaufen. Es wurden, um dem ausländischen Glücksgriff die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaft vorzuführen, die Bergarbeiter anderer Gewerke unter den gläubigsten Verprechungen (hohen Löhnen usw.) in die Blüte nach Wustrow gelockt, ohne sich ein Gewissen daraus zu machen, was, wenn der Verkauf nicht zustande kam, aus diesen in Not und Elend gestürzten Leuten würde. Die Gewerkschaft Teutonia hat ihren Betrieb im Monat Oktober vergangenen Jahres voll aufgenommen und hat bis Ende des Monats Mai d. J. einen Umsatz von 1700 000 Mt. erzielt. Dieser rentable Umsatz konnte, da die Belegschaft anfänglich noch klein war, nur mit Doppelschichten (ja, es mußten einzelne drei bis vier Schichten in eins verfahren!) herausgewirtschaftet werden. Vom Syndikat waren Teutonia 14,66 Laufstiel als Förderquantum zuerkannt, jedoch hielt sich die Gewerkschaft nicht an dieses, sondern ging über die vom Syndikat zuerkannte Quote hinaus, wofür die Gewerkschaft eine konventionalstrafe von 200 000 Mt. zu leisten hatte. Man sieht, auf das Geld kam es nicht an. Kann sich doch die Gewerkschaft schadlos halten, indem einfach die Höhe reduziert werden und die 200 000 Mt. sind wieder da. Ist es doch dem Unternehmer ganz gleich, wieviel braue Menschenleiber auf der Strecke bleiben, die Hauptfrage ist, daß beabsichtigte Geschäft zustande zu bringen. Das amerikanische Unternehmen wird eingesehen haben, daß Teutonia ohne die benachbarten Gewerkschaften Wendland und Bentheim und ohne eine Einigung mit diesen, ihren Elberbesitz garnicht ausbauen kann. Dieses beweist ja auch ferner, daß ein Rückgang des Kurzes der Aktien von 160 Proz. auf 110 Proz. zu verzeichnen ist. Diese uferlose Schinderei hat jetzt dazu geführt, daß ohne die täglichen Entlassungen von Arbeitern, eine Massenfördigung am 1. August von 84 Mann vorgenommen wurde. Man fragt nicht danach, was jetzt werden soll. Man weiß nicht, daß infolge der erbärmlichen Entlohnung die Entlassenen bei den Kämmern festhielten und diese Hab und Gut pfänden. Gleichgültig! Das den für uns Werte schaffenden Leibs leben wie er fertig wird, läßt ihn in Elend zugrunde gehen, die Haupsache ist, daß die Grubenexistenz dabei nicht zugrunde geht. Man soll annehmen, daß den Unorganisierten bei dieser Gelegenheit die Augen geöffnet sind, denn gerade die Unorganisierten sind zum größten Teil unter den Entlassenen zu finden. Sie sind es, die jede Hilfe entbehren müssen, weil sie sich durch die Verwaltung und einzelne Liebhaber, die glaubten, allen Klümbein einführen zu müssen, um sich einen „Platz an der Sonne“ zu sichern, von dem Verband der Bergarbeiter zurückhalten lassen. Lebt werdet ihr sehen, ihr betrogenen Kameraden, wie schwer es wird, euch euch geschlagenen Kunden zu helfen. Rücksichtlos wird man gegen euch vorgehen, ja, wenn nötig, als Unbediente aus der Gemeinde ausweisen. Kameraden! Ihr werdet die christliche Nächstenliebe von euren Verführern jetzt zu erproben haben, bedauert euch bei eurem Christlichen Franz, der nicht ganz unschuldig an eurem Unglück ist. Die wenigen in Arbeit stehenden Kameraden mögen ihre Lehren aus diesem Dokument ziehen und sich alleamt dem Bergarbeiterverband anschließen, damit sie bei ähnlichen Vorkommen geschützt sind. Den gefündigten Kameraden, welchen ein Teil ihrer Förderwagen gestrichen (genutzt) ist, mögen sich an das Rechtschulzbuero wenden, damit ihnen ihr dadurch entstandener Lohnausfall wieder zugeschaut wird. Agiert unermüdlich für die Organisation, damit die unwürdige Behandlung abgeschafft wird und eine bessere Entlohnung erzwungen werden kann.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Rheinpreußen (Schacht V). Im Revier des Steigers Winkler ist es kaum auszuhalten. Der Schreiber dieser Zeilen meint, im Buchthaus könne es nicht schlechter sein. Dort befkommen die Zuchthäuser noch Zeit zum Essen, auf Rheinpreußen ist das aber nicht der Fall. Der Rutschmeister hofft sogar angeordnet, daß jeder seine Kaffeetasse und Butterbrot bis vor den Stoß bringen soll. Es wird bald so weit kommen, daß wir in der Grube noch nach Kommando essen werden. Auch ist jetzt schon manchmal der Steiger an einem Ende der Rutsche und der Rutschmeister am anderen Ende, und mehr dem, der da seine Felder nicht ausarbeitet. Im Revier XI hat der Steiger einen Mal angeordnet, daß sämtliche Bergarbeiter mit ihrem Gesähe auftreten sollen. Ob der Steiger gepflichtes Gesähe haben wollte, entzieht sich unserer Kenntnis. An dem betreffenden Tage traten auch die Kumpels mit dem Gesähe an. Zu bedauern war bloß, daß der Helfer (Steiger) nicht gekommen ist. Kameraden, wie lange noch wollt ihr folge Zustände mitmachen und nichts dagegen unternehmen? Nur eine gut geführte Bergarbeiterchaft kann etwas gegen derartige Zustände unternehmen. Darum auf zur Organisation!

Provinz Sachsen.

Kaisergruben. Seit einer gewissen Zeit konnte man die Wahrnehmung machen, daß die Zustände in der Kaisergruben so einigermaßen erträglicher waren gegen früher. Dieses scheint aber jetzt wieder vorbei zu sein. Eine Antreiberei wird geübt, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Wenn eine Belegschaft nach des Herrn Obersteigers Ansicht (und der hat immer die allein richtige) nicht die genügende Beize bringt, wird der Erzähler vor dem Gewaltigen erscheinen und wird ihm und zu wissen geben, daß er bestraft wird, oder er brauche auch

gleich nicht wieder einzufahren. Was mit derartigen Drohungen erreicht werden soll, braucht nicht gesagt zu werden. Der Herr Steigerleiter Algen fragt einschlägig vor Ort: „Bringen Sie heute so und soviel Hunde?“ Wenn dies verneint wird, heißt es: „Melden Sie sich heute Mittag!“ Die Kameraden sind der Überzeugung, daß die Leistung nicht höher gespannt werden kann. Wied doch bei einer Temperatur von 82 und 84° noch achtständig gearbeitet, wo die sechsständige Schicht vorgeschriven ist. Gibt es doch Beamte, nach deren Ansichtung bei einer Temperatur von 88° sich nicht abgesetzt werden soll. Die Weiterführung läßt überhaupt an manchen Stellen viel zu rohlingen übrig. In letzter Zeit sind Hauer mit 1—2 Mt. bestraft worden, weil der Bergarbeiter nicht in Ordnung gewesen sein soll. Wir sind auch der Meinung, daß dieses ordentlich gemacht werden muß, aber zu erwarten ist immer, ob dieses auch überall möglich ist. Die Arbeiter haben bemerkt die Wahl: Auf der einen Seite mehr Beize, sonst Strafe, auf der anderen Ordnung, sonst gibt's 1—2 Mark Strafe. Daß diese Anregung von oben kommt, beweist, daß Obersteiger Pfeifer gleich mit einem Befehl vor Ort kommt, auf welchem die gewünschte Zahl von Hunden verzeichnet ist. Wäre dieser Weg immer möglich und durchführbar, so wäre gleichzeitig das Risiko gelöst, um schnell reich zu werden, und die Arbeiter wären die letzten, um davon keinen Gebrauch zu machen. Das wird aber noch eine Weile dauern und müssen auch die betreffenden Beamten der Kaisergrube sich so lange gedulden.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Bismarckshacht. Zustände, wie man sie kaum für möglich halten sollte, herrschen gegenwärtig auf diesem Platz. Besonders werden vor den meisten Dörfern die Bedingungen gestellt, daß dabei der Arbeiter nicht das Salz in die Suppe verdauen kann und nur auf Gnade des Steigers angewiesen ist. Bei monatlicher Gedingeabstimmung ist trotzdem immer noch die Gelegenheit, alle Monate wenigstens einmal die nachgebenden Beamten wegen des niedrigen Bedinges zur Redenfreistatt zu ziehen und zu versuchen, dasselbe in die Höhe zu treiben. Gelingt letzteres auch höchst selten, so ist diese gegenseitige Ausprache der Verwaltung doch höchst zwecklos. Um die Klagen nicht anhören zu dürfen, hat man die famose Einrichtung geschaffen, daß vor vielen Dörfern nicht monatlich, sondern nur alle Vierteljahr das Gedinge festgesetzt wird. Eine weitere schöne Einrichtung ist die, daß den Leuten, welche vor Schieharbeit sind, das Gesetz, welches länger als drei Tage in der Geschäftsschule sich befindet, trotzdem es von den Arbeitern bezahlt werden muss, ganz einfach weggenommen und noch einmal verkauft wird, ohne daß den Kumpels die dafür gezahlte Betrag zurückgestattet wird. Weitere möchten wir uns noch eine verschuldete Aufgabe erlauben. Der Arbeiterausschuß soll, so war es wenigstens der Wunsch des Geschiebers, dafür sorgen, daß das gute Einvernehmen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber nicht gelöst bzw. wiederhergestellt wird. Soll der Arbeiterausschuß dieser Aufgabe gerecht werden, so ist Voraussetzung, daß ihm auch Gelegenheit gegeben wird, die Wünsche und Beschwerden seitens der Belegschaft der Verwaltung zu unterbreiten. Doch, wie dieses geschehen soll, ist wohl ein Rätsel, wenn man bedenkt, daß seit Oktober vorigen Jahres noch keine einzige Arbeiterausschüttung getagt hat. Was sagt die Bergbehörde zu den hier geschilderten Vorommunissen?

Süddeutschland und Reichslande.

Grube Saar und Mosel (Schacht VI). Auf den hiesigen Gruben zeigt man den Arbeitern nicht das mindeste Entgegenkommen. Es wurde kürzlich auf Schacht II wegen Mangels an Uhlaz eine Feierschicht eingefestigt. Ebenso wurde auch auf Schacht VI eine Feierschicht eingefestigt. Diese hat man aber bis auf Montag, den 26. Juli verschoben. An denselben Tage war aber gerade Lohntag. Die Leute mußten oft einen Extraoeg von mehreren Stunden machen, um ihr Geld holen zu können. Wir meinen, man könnte ganz gut die Feierschicht auf einen anderen und nicht auf den Lohntag verlegen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beteiligung an den Sicherheitsmännerwahlen.

Der Gesamtvorstand des Bergarbeiterverbandes beschloß in einer kürzlich stattgefundenen Sitzung, in Gemeinschaft mit den Bezirksleitern des Verbandes, den Kameraden in den preußischen Revieren zu empfehlen, sich an den Sicherheitsmännerwahlen zu beteiligen. Daß die Gewerkschaft nicht an dieses, sondern ging über die vom Syndikat zuerkannte Quote hinaus, wofür die Gewerkschaft eine konventionalstrafe von 200 000 Mt. zu leisten hatte. Man sieht, auf das Geld kam es nicht an. Kann sich doch die Gewerkschaft schadlos halten, indem einfach die Höhe reduziert werden und die 200 000 Mt. sind wieder da. Wir knüpfen Leine in großen Hoffnungen an die künftige Tätigkeit dieser Sicherheitsmänner. Warum, das haben wir zum so- und sovielten Male in dieser Zeitung dargelegt. Über den Wert der Sicherheitsmänner bestehen im Bergarbeiterverbande auch kaum Meinungsverschiedenheiten. Wenn der Verband trotzdem die Kameraden zur Beteiligung zu den Wahlen der Sicherheitsmänner auffordert, dann deshalb, weil wir sogenannten Liebhabern des Grubenkapitals nicht das Feld allein überlassen dürfen. Die Frage des Bergarbeiterverbandes ist zu wichtig, als daß wir nicht zu allen uns gegebenen Mitteln greifen müssen, um so Tod und Verderben in erhöhtem Maße von den Bergarbeitern in den Gruben abzuhalten.

Gewiß, die Werksbesitzer werden alles versuchen, das Wort Hilgers von der „weißen Salze“ zur Wahrheit werden zu lassen. Und den Herren gelingt das, erhalten sie Sicherheitsmänner, denen das nötige Rückgrat fehlt und das Bewußtsein, einer großen Bergarbeiterfamilie zu dienen. Beides, dieses Bewußtsein und das nötige Rückgrat können wir nicht suchen bei Leuten, denen Korpsgeist, Sinn für Solidarität und die Erkenntnis der Dinge, die bei dem Bergarbeiterfach in Frage kommen, abgehen. Ja, werden solche Leute, wie die Bezeichneten, gewählt, dann können die Sicherheitsmänner geradezu zu einer Gefahr für den Bergarbeiterfach werden. Das zu verhindern, ist Aufgabe des Bergarbeiterverbandes. Feste Charaktere, mutige Männer wollen wir den Grubenbesitzern präsentieren. Männer, die ihre winzigen, vom Gesetz vorgesehenen Rechte auszunutzen verstehen, nach der Richtung hin, Leben und Gesundheit der Bergarbeiter wirklich zu schützen. Das Wollen und Können der Sicherheitsmänner muß ausprobiert werden. Das wird dann auf die spätere Ausgestaltung der Berggesetzgebung gewiß von wesentlichem Einfluß sein. Darum, Kameraden in allen Revieren, schaut euch schon jetzt nach geeigneten Kandidaten für die Sicherheitsmännerposten um. Sorgt, daß ihr gute Fachleute aussucht; Kameraden, die sich weder durch Verschwendungen noch Drohungen später in ihrem Amte irren machen lassen. Es gilt um das Leben, um die Gesundheit der Bergarbeiter.

Wir geben die Bestimmungen des Gesetzes, die Wahlen der Sicherheitsmänner betreffend hier, wieder. Sie lauten:

§ 80 f. b.

1. Die Wahl der Sicherheitsmänner erfolgt nach Steigerabteilungen oder nach Fahrabteilungen (§ 80 f.); bei der Wahl nach Steigerabteilungen wählt jede Steigerabteilung einen Sicherheitsmann aus ihrer Mitte. Die Wahl ist unmittelbar und geheim.

2. Zur Wahl berechtigt sind nur volljährige Arbeiter, welche seit Gründung des Betriebes oder mindestens ein Jahr ununterbrochen auf dem Bergwerk gearbeitet haben. Die Sicherheitsmänner müssen mindestens 30 Jahre alt sein und seit der Gründung des Betriebes oder mindestens ein Jahr ununterbrochen auf dem Bergwerk und außerdem mindestens zwei Jahre auf gleichartigen Bergwerken desselben Bezirks unter Tag gearbeitet haben. Sie müssen mindestens fünf Jahre als Hauer beschäftigt gewesen sein. Sie dürfen weder selbst Gast- oder Schankwirtschaf betreiben, noch denselben Haushalt mit einem Angehörigen teilen, der ein solches Gewerbe betreibt. Wählter und Sicherheitsmänner müssen die bürgerlichen Ehrenrechte und die deutsche Sprache in Wort und Schrift mächtig sein. Eine Unterbrechung der Arbeit liegt nicht vor, wenn Arbeiter alß bald nach Beendigung einer militärischen Dienstleistung, eines Auslands oder einer Ausbildung wieder zur Beschäftigung auf demselben Bergwerk angestellt werden, ohne inzwischen auf einem anderen Bergwerk beschäftigt gewesen zu sein.

* Die Sicherheitsmänner sind auf mindestens ein und auf höchstens fünf Jahre zu wählen. Der Wahltermin ist vier Wochen vor der Wahl bekannt zu geben.

So, Kameraden, Bergarbeiter, jetzt heißt es die Vorarbeiten in die Hand genommen. Berlert es den Herrschäften plötzlich und überstürzt den Wahltermin bekannt zu geben — also schließlich nur vier Wochen vor der Wahl — dann muß der Bergarbeiterverband seine Heer in voller Ordnung aufmarschieren lassen können.

Achtung Kletterenwahl!

Für die am Samstag, den 28. August, stattfindenden Kletterenwahlen sind seitens des Bergarbeiterverbandes als Kandidaten aufgestellt:

Im Sprengel 78 b (Brambauer) der Kamerad Wilhelm Bleckamp. (Wahllokal: Gemeindewirtschaft in Brambauer).

Im Sprengel 99 a (Lütgendortmund) der Kamerad Richard Nagel. (Wahllokal: Gemeindewirtschaft Lütgendortmund, Kaiserstraße).

Im Sprengel 105 b (Mengede) der Kamerad Karl Friedrich Pähnold. (Wahllokal: Gemeindewirtschaft Mengede).

Die Wahl findet am 28. August, von vormittags 9—12 Uhr und nachmittags von 4—7 Uhr statt. Wir halten es für selbstverständlich, daß alles getan wird, den Verbandskandidaten zum Siege zu verhelfen.

Bohrreduktion und Arbeiterentlassungen im Bergbau.

Aus den verschiedensten Revieren gehen uns Mitteilungen über weitere Bohrreduktionen und Arbeiterentlassungen zu. Im Dortmunder Revier sind auf einer ganzen Anzahl Dörfern generell den Bergleuten weiter 20—30 Pf. vom Tagesverdienst abgezogen worden. Diesen, die bisher noch 5,50 Mt. verdienten, sollen nun noch 5,20 Mt. verdienen. Es geht das Gerücht, daß der Lohn bis zum ersten Oktober auf 4,50 Mt. herabgedrückt werden soll. Dazu die Teuerung. Wo das noch hinausgehen soll, weiß der Himmel!

Hue und Wagner schwer krank.

Seit mehreren Wochen liegt unser Kamerad Otto Hue schwer krank bettläger. Zuerst warf ihm eine Lungenerkrankung aufs Krankenlager; neben dieser Krankheit entwickelte sich ein schweres Herzleiden. Weil beide Krankheiten haben neue Krankheiten hervorgerufen, über deren Wesen sich die Ärzte bisher noch nicht klar waren. Hue litt von Fieberphantasien hart mitgenommen, sie raubten ihm fast seit der Dauer der Erkrankung Ruhe und Schlaf. Kurz und gut, unser armer Kamerad muß hier leiden. Um Montag wurde uns berichtet, daß sich hin und wieder Schlaf eingestellt hat, doch halten die Ärzte seinen Zustand für hoffnungslos.

Kamerad Wagner, der Hue mehrere Tage und Nächte aufwartete, liegt infolge dieser Anstrengung und Auseinandersetzung gleichfalls krank bettläger. Der Arzt konstatierte auch bei ihm Lungenerkrankung. Bislang nahm diese Krankheit aber bei Wagner den gewöhnlichen Verlauf. Hoffen wir, daß Wagner sein Leben bald übersteht und daß der Zustand Hues endlich eine Wendung zum Besseren nimmt. Das ist unser sehnlichster Wunsch, der sich mit denen aller Kameraden paart.

Der „rote“ Walter.

weiland Rechtschulzbeamter des „Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter“, hat kürzlich in einer Versammlung in Hochlarnek der Welt die verblüffende Mitteilung gemacht, daß er — der rote Walter — ganz allein das 8. August statu in Bochumer Knappensverein befehligt habe. Er sei radikal aufgetreten gegen das Zwangsstatut als die Verbündete, und da hätten die Grubenbesitzer Furcht bekommen und hätten nachgegeben! Er, Walter, und mit ihm die anderen im Gewerkeverein werden auch dafür sorgen, daß mit den Leitern von christlichen Knappensverein bestreiten, wie Schäfer u. a. gründlich aufgeräumt wird. Daß den Invaliden nältesten das Wahlerrecht ergraut worden ist, ist ein Glück. An ihre Stelle würden jüngere treten, die dann die eminenten Arbeiten übernehmen könnten. Walter gab dann noch einige knappschäfliche Rechtsbelärmungen, die mit seinen sonstigen Aussführungen darauf schließen lassen, daß der christliche Gewerkeverein unrecht begeht, den Walter in den Sommermonaten auf Agitation zu schicken. Vor allen Dingen sollte man das nicht an heißen Tagen tun.

Eine „wirkliche“ Belegschaftsversammlung

hatte der „Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter“ am 8. August im Einmannbüro des Lokals für die Belegschaft der Zeche Concordia einberufen. Man hatte sich zu diesem Zwecke denn auch das schwarze Lirich ausgesucht, um eine Massenversammlung zu veranstalten. Der Erfolg war demnach auch ein großartiger. Massenhaft strömten die Bergvölker herbei, und um 1/2 Uhr hatte Herr Emmel in seiner Donäne ganze 30 Männer besammelt. Darob natürlich große Aufregung unter den General-, Ober- und Untersekretären des christlichen Gewerkevereins. Votan wurden nach allen Richtungen ausgesandt, um den Bergvölkern Kund zu tun, daß der ganze Generalstab des Gewerkevereins in Lirich versammelt sei. Die Bemühungen waren denn auch von durchschlagendem Erfolg. Um 12 Uhr war der riesige Saal von annähernd 100 Mann befüllt; darüber mindestens 20 Verbündete. Waren dieselben doch neugierig, wie es in einer wirklichen Belegschafts

Seit ehe ich der Bergarbeiter des Verbands, Jochmann, das Wort, der einleitend die Wirkstände auf Concordia besprach. Auf die Schmuckreden des Herren Büttner in dieser Versammlung einzugehen, lehnt Redner ab. Steiger und Thiele gingen, wie es bei diesen Deutzen einmal nicht anders geht, ordentlich über den Verband, Polozny und die Sozialdemokratie her. Von Wirkständen wußte Herr Thiele nichts zu erahnen. Derselbe Mann, der am 26. Juli Polozny angegriffen, weil dieser gemäß der Tagessordnung in seiner Rede nicht die einzelnen Wirkstände berührte hatte, so war der christlichen Standarten nur um Standal zu tun, sonst hätte doch Thiele den Schluß machen können, seine Weisheit über die Wirkstände auszupaden. So endete denn diese "willkürliche" Vereinssitzung mit einer vollständigen Niederlage der Christen. Welche Sorte von diesen in der Versammlung anwesenden waren, geht aus einem Ausschneid hier vor. Als Kamerad Jochmann das Wort erhalten hatte, machte einer dieser Christen den Ausschneid:

"Jetzt kommt Hué dran!"

Ein anderer:

"Der liegt im Sterben!"

Phil. Leutel, sind das Christen!

Der „Bergknappe“

in nicht zufrieden mit der Haltung der „Bergarbeiter-Zeitung“ in letzter Zeit. Vornehmlich gefällt es dem christlichen Organ nicht, daß wir uns mit den christlichen Arbeitgebernden und ihrer Tätigkeit in den Parlamenten beschäftigt haben. Statt, daß der „Bergknappe“ seinen Lesern eingehend schlägt, wie es geschehen ist, daß selbst er, als Organ des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter sich gezwungen gefühlt hat, an erster Stelle einen Aufruf für die armen Tabakarbeiter zu bringen, kommt er hier und widmet uns eine ganze Anzahl Notizen, die unsere „Bosheit“ ins richtige Licht rüsten sollen.

Und doch möchte ich schlechtlich auch den „Bergknappen“ sefer gern erfahren, warum jetzt so eine Art Unterstellung vorgeht. Hilfsaktion für die Tabakarbeiter eingeleitet werden muß. Erst geht man hin und schlägt Menschen zu Klappeln und dann beginnt man das christliche Werk des Chirurgieausgangs! Aehnlich ist es mit den Tabakarbeitern geschehen. Christliche Arbeitgebernden und christliche Gewerkschaftsführer hälften direkt (Giesberts und Gommer) oder indirekt Täusende von Tabakarbeitern bestossen machen und dann will man den auf Straßenspaziergewoßen und sonst geschädigten Arbeitern in möglichem Umlauf unter die Arme greifen. Das erste nicht tun, dann könnte das zweite von selbst unterbleiben. Doch darüber, wie alles geschehen ist, schweigt sich der „Bergknappe“ aus. Dafür ist der „Bergknappe“ ja „neutral“. Seine „Neutralität“ hindert ihn aber nicht, fortgesetzte sozialdemokratische Abgeordnete und wenns paßt, die sozialdemokratische und andere Parteien anzurempeln. Aber, wo es sich um die volkssinnlichen Taten der Zentrumspartei handelt, deckt der „Bergknappe“ alles mit dem Mantelchen der „Neutralität“ zu! Wie er machen es auch die übrigen christlichen Gewerkschaftsorgane. Besuchet man ein solches Vorgehen, wie es sich gebt, dann jammert und schimpft man über uns, was das Zeug hält.

Doch sehen wir zu, was der „Bergknappe“ uns in seiner letzten Nummer alles zu sagen hat. Er wirkt uns in einer Notiz aus der ersten Seite vor, daß wir mit unserer Kritik der christlichen Arbeitgebernden vergangen, die Parlementsleistungen der Verbandsführer Sachse und Hué zu kritisieren. Ja, lieber „Bergknappe“, dann muß uns gesagt werden, wo diese sich gegen die Arbeiterschaft vergangen haben? Haben die beiden im Parlament etwa ihr Ausnahmegesetz gegen Gewerkschaften gestimmt, wie Behrens beim Vereinsgefecht? Oder haben unsere beiden Kameraden ähnlich gehandelt, wie die christlichen Arbeitgebernden, als Herr Trimborn gegen die Zulassung von Arbeiterssekretären an den Gewerbeberufen stimmten? Die Herrn Arbeiterveterer im Zentrum haben nichts getan, ließen ruhig von Trimborn eine alte Gewerkschaftsordnung unter die Füße trampeln. Fleischen- und scharfmacherliche beiden sozialdemokratischen Abgeordneten um die Minister herum, um in Ergebenheit zu erklären, daß alles getan werden soll, staatlichen Arbeitern das Koalitionsrecht aus den Händen zu klagen? Die staatlichen Arbeiter werden die von Sachse und Hué an der Tafel herumgeführt? Waren es etwa Sachse und Hué, die sich von einem Syndikus eines Scharfmacherverbandes im Fleischtag an Arbeitersfreundlichkeit bezügl. der Unterstützung der Tabakarbeitern überreden ließen? Haben Sachse und Hué Holländer getrieben, sind es die beiden, die tausende Arbeitern durch Bevollmächtigung der neuen Steuern bestossen machen? Bitte, „Bergknappe“, um Antwort! Sind es etwa Sachse und Hué, die Industrielle als die besten Abgeordneten für Arbeiter empfehlen? Bringen Hué und Sachse Verbandssekretäre auf den Schub, wenn sie sich erdenken, Arbeiterkandidaten das Wort zu reden? Nun nur antworten, lieber „Bergknappe“. Und wie kommt es, daß sich bei vielen Gesetzesvorlagen die christlichen Arbeitgebernden — falls es ihnen einfällt auch Arbeitserfordernungen zu vertreten — zu den Sozialdemokraten flüchten und mit diesen zusammenstimmen — gegen die Parteien, denen die christlichen Arbeitgebernden angehören? Gib Antwort „Bergknappe“, wie das kommt? Doch siehe da, der „Bergknappe“ hat nichts von diesen Vorwürfen gegen die beiden Verbandsführer. Nur meint er, Sachse und Hué haben sich nicht in die Gewerbeordnungskommission von diesen erdrückten, Arbeiterkandidaten das Wort zu reden? Nun nur antworten, lieber „Bergknappe“. Und wie kommt es, daß sich bei vielen Gesetzesvorlagen die christlichen Arbeitgebernden — falls es ihnen einfällt auch Arbeitserfordernungen zu vertreten — zu den Sozialdemokraten flüchten und mit diesen zusammenstimmen — gegen die Parteien, denen die christlichen Arbeitgebernden angehören? Gib Antwort „Bergknappe“, wie das kommt? Doch siehe da, der „Bergknappe“ hat nichts von diesen Vorwürfen gegen die beiden Verbandsführer. Nur meint er, Sachse und Hué haben sich nicht in die Gewerbeordnungskommission von diesen erdrückten, Arbeiterkandidaten das Wort zu reden? Nun nur antworten, lieber „Bergknappe“. Und wie kommt es, daß sich bei vielen Gesetzesvorlagen die christlichen Arbeitgebernden — falls es ihnen einfällt auch Arbeitserfordernungen zu vertreten — zu den Sozialdemokraten flüchten und mit diesen zusammenstimmen — gegen die Parteien, denen die christlichen Arbeitgebernden angehören? Gib Antwort „Bergknappe“, wie das kommt?

Auso, dem Sachse ist nichts nachzusagen, er hat seine Arbeit auch in der Kommission. Aber Hué! Hué sitzt in keiner Kommission! Ist das nicht schrecklich? Hué, was macht er denn eigentlich? Lieber „Bergknappe“, weißt du nicht, daß derjenige, der dem Hué vorwerfen will, daß er die Arbeiterschaft nicht mit unermüdlichem Fleiß anstrengt, daß der dem Hué der Fachärztlichkeit anheimfällt? So geht es auch dir mit deinen Angaben gegen Hué. Was Hué der deutschen Bergarbeiterchaft und der deutschen Arbeiterschaft als Parlamentarier, wie auch sonst als Arbeiterveterer ist, das könnte vorbildlich sein für seine Bewohner. Wehe noch, die Behrens und Genossen könnten sogar in der Gewerbeordnungskommission von den dort anwesenden Sozialdemokraten noch etwas lernen. Dann kam nicht vor, daß Herr Behrens bei Beratung der Abschaffung der Frauenarbeit auf den Gruben Anträge zustimmt, die nicht den Forderungen der Bergarbeiter entsprechen. Aber wenn auch später Bergarbeiterforderungen in der Gewerbeordnungskommission besprochen werden, woher weiß der „Bergknappe“, ob nicht zu dieser Frage Hué oder Sachse ihre Kollegen in der Kommission abholen? Sieht nicht der „Bergknappe“ jetzt selbst ein, welchen Lendenrahmen Gaul er mit seiner ersten Notiz geritten hat? Heraus mit der Sprache, wo haben Hué und Sachse Arbeitersinteressen vertreten, Bergarbeiterforderungen im Stiche gelassen, wie wir das von den christlichen Arbeitgebernden übergang erzählen können? Unsere Fragen oben zeigen ja, wie die Dinge mit diesen Leuten stehen.

In der zweiten Notiz verteidigt der „Bergknappe“ Franz Behrens gegen den Vorwurf, daß er Professor Röhl in Saarbrücken allerdurch Intimitäten ergänzt habe, die die christlichen Gewerkschaftsführer in ein recht drafisches Licht rückten. Nun der „Bergknappe“ wird zurückziehen; wir haben ja die Richtung Gießerts und die Antwort Röhls auf diese Beleidigung mit ihren verstecken lassen. Diese Antwort Röhls sind bei uns in der zweiten Notiz für den göttlichen Franz Behrens. Der leichtere hat denn auch die Sprache verloren und den „Bergknappe“ zu früh gejubelt. Wäre es nicht besser, der Gewerbeverein zeigte dem Feind von Unternehmensland und dem Schuhmeister christlicher Gewerkschaftsangestellten das Koch, das den Kameraden im Gewerbeverein gelassen? Der Gewerbeverein könnte doch gewinnen. Aber er will nicht, weil er es nicht darf!

Die dritte Notiz gegen uns will die christlichen Arbeitgebernden gegen unsern Vorwurf verteidigen, daß sie für eine Verstärzung der Unterstützungsumsätze für die Tabakarbeiter eingetreten sind. Was denn anders? Die Sozialdemokratie hat auf die neuen Steuern arbeitslos werden. Gießerts brachte einen eingeschworenen Antrag ein. Als die Sozialdemokratie nach dessen Ausschlag mit der Angst zu tun. Und er gab seinen ersten Antrag auf und brachte einen zweiten, verschlechterten Antrag ein, der zwar vier Millionen Mark als Entschädigung und da sollen die Gewerbevereine diese Komodie von Antragstellen annehmen? Gießert hat seinen eigenen ersten Antrag veröfsett. Für die

Kombinationen waren die Sozialdemokratie nicht zu haben. So, „Bergknappe“ ist es. Der sozialdemokratische Untergang kam den Wirkständen der christlichen Tabakarbeiter entgegen, die christlichen Arbeitgebernden aber vergaßen diese Verlangen, ließen sich von Unternehmern angestellten beschämen.

In einer weiteren Notiz paßt dem „Bergknappen“ nicht, daß Polozny den christlichen Gewerbevereinsangestellten Peter Spürkel verklagt hat und dieser mit 80 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Ja, bildet denn ein anderer Weg übrig, nachdem der „Bergknappe“ den Spürkel als Verteidiger und mit allerhand Schmuckpartien zur Seite trat? Lieber den Prozeß und über das Bürkstler gegen Polozny sollte der „Bergknappe“ lieber das Schweigen lernen. Ein sehr bösen Meinhof haben die christlichen Strategen erlebt mit der Ultimatum gegen Polozny. Ist aber dennoch der „Bergknappe“ nicht zufrieden, wollen wir das Urteil, s. B. verbreitlichen und auch nochmals die Entwicklung des Verleumdungsfallen. Der Prozeß sollte den „christlichen“ eine Lehre sein, daß man im besseren Leben nicht zu solchen Waffen greifen soll, einen Gegner unschädlich machen zu wollen. We schmieden nicht in solcher Weise in dem Privatleben anderer herum, wie es durch die Christlichen Polozny gegenüber geschehen ist. Wollen wir das, dann wäre ein Gebot betreten, dessen wir uns schämen müssten. Hoffen wir, daß der „Bergknappe“ und seine Freunde nicht zum zweiten Mal sich bei einer elenden Belästigung ihrer Gegner erwischen lassen. Doch der „Bergknappe“ versucht den letzten Trumpf. Er schreibt, Polozny wäre ausgesordert worden, nachzuweisen, ob er länger auf der Bude gearbeitet hat, als im Flugblatt angegeben war (zwei Jahre). Polozny hätte das abgelehnt. Es scheint, als hätte sich der „Bergknappe“ wirklich noch nicht genug clamiert. Polozny lehnte es ab, auf die diesbezügliche Unregung in einem zweiten Vermerk einzugehen. Er habe in der Presse darlegte, wann er auf der Bude angefangen sei. Gießert hätte seine Angaben wider und auf ihre Wahrheit untersuchen können, auch Spürkel sei Gelegenheit geboten, sich Beweismaterial zu verschaffen. Das sei doch Sache des Bergarbeitern, nachzuweisen, was er behauptet, und so hätte auch Spürkel beweisen müssen. Aber Polozny war nicht grausam, er hat vor Gericht eingehend Mittellungen gemacht, was er und wo er von 1887—1907 gewesen sei. Und Polozny ging noch weiter, er gab Spürkel wie dem Gericht jede Frage nach seine in Vorleben frei. Kann ein Kläger weiter gehen? Mit ausgeschlossene Subjekte und Leute, denen die Lügen angeboren sind, denen die Ehre anderer Leute nichts gilt, können noch Kapital aus dem Prozeß ziehen sich herauszuschlagen wollen. Wollen die „Bergknappen“ Leute sich mit dem Ruhm solcher Subjekte und Lügen weiter bedecken? Uns kann's recht sein.

Grembacher. Anfangs Juni brachte die „Dortmunder Zeitung“ eine zum Teil erachtete und größtenteils total entstellte „Sensationsnachricht“, wonach sechs Bergarbeiter, darunter vier Familienväter, den Steiger Viets infolge eines vorangegangenen Wortwechsels in der Grube überfallen und denselben mit Spießhaken und Holzstöcken verletzt bearbeitet hätten, daß Steiger Viets längere Zeit arbeitsunfähig sein würde. Schon damals wurde nachgewiesen, daß die ganze Notiz — die selbstverständlich von fast allen Unternehmern und Scharfmachern aufgegriffen wurde — zum übergeogenen Teil ganz entstellt und teils aus den Fingern geflossen war. Wie übertrieben die ganze Sensationsgeschichte war, geht schon daraus hervor, daß sämtliche, durch leichtfertige Angelege verhasteten sechs Bergarbeiter tags nach ihrer Verhaftung, den 6. Juni wieder freigelassen werden mußten. Gleich wurden sofort außer Strafverfolgung gesetzt. Ja, die Geheimeverwaltung sah sich gezwungen, denselben je sechs Schichten Arbeitslohn wegen unrechtmäßiger Entlassung als Schadenerg zu bewilligen. Einer von diesen sechs Beschuldigten wurde jedoch als „Studenbock“ am Dienstag die Anklagebank der hiesigen Strafkammer betreten. Als der moralisch Gerichtete ging jedoch der angeblich mißhandelte und einzige Verletzungszunge Steiger Viets hervor. Viets will nach seiner Zeugenaussage vom Angeklagten bei Bevorführung des Arbeitspunktes am 5. Juni zunächst am linken Bein und sodann an der Stirn mit einem Stein geworfen sein; beide Wölfe haben keine Verlegerungen hinterlassen. Sodann sei ihm die Faust aus der Hand geschlagen worden und darauf sei er mit einer Spiezhaken und einem Stempel geschlagen worden. Wer ihm die Faust aus der Hand geschlagen und von wem er die überigen Schläge bekommen, weiß Viets nicht. Der Angeklagte selbst hatte schon vor der Begegnung zur Neuerung auf die Anklageschrift erklärte, daß er mit dem Auslesen der Steine aus den Kohlen beschäftigt gewesen sei; dieses sei seine Pflicht und sowohl solches nicht geschehe, während er seitens der Verwaltung in eine Geldstrafe genommen. Wenn er bei dieser Gelegenheit den Steiger getroffen haben sollte, so sei dies ganz gewiß nicht mit Absicht geschehen. Sämtliche in der Grube sonst noch vernommenen Zeugen, die bei dem Vorfall zugegen waren doch wenigstens sich in unmittelbarer Nähe befanden, haben weder gesehen, daß Steiger Viets geworfen noch geschlagen worden sei. Daß der Angeklagte nicht geschlagen haben kann, geht schon daraus hervor, daß er sich vor seinem Arbeitsort befand und Viets die Haue auf der Strecke erhalten haben will. Der ganzen Affäre ging ein durch den Steiger Viets veranlaßter Wortwechsel voraus. Die Kameradschaft hatte schon einige Tage über Holzmangel geklagt, infolgedessen nicht ordentlich gearbeitet werden konnte. Am benannten Tage nun ließ der Angeklagte den Steiger Viets rufen und bat in höflichem und anständigem Tone — wie auch der Zeuge Sch. unter Eid bestätigte — er, der Steiger, möge doch bitte für Holz sorgen, da sie ohne Verbauen nicht arbeiten und infolgedessen nichts verdienen könnten. Statt nur für Abhilfe zu sorgen, wird — wie die Zeugen aussagen — der noble Herr groß, schimpft „faule Kerls“, und er — der Angeklagte — sollte sich ruhig hinlegen, mit der nachfolgenden Bemerkung: er solle heraus — zu Tage — fahren. Als hierauf der Angeklagte den Steiger um einen Schein zur Ausfahrt erlaubte, wurde ihm ein solcher in unhöflicher Weise verweigert. Wom Vorwährenden befragt, muß Steiger Viets stillschweigend zugeben, gesagt zu haben, die Kameradschaft sollte sich ruhig hinlegen, wenn sie kein Holz zum Verbauen hätten, und die Ausdrücke „faule Kerls“ usw. gebracht zu haben. Ebenso gibt er offen zu, daß für zwei Feld — also über zwei Meter — Holz zum Verbauen gesucht habe. In unzweideutiger Weise wurde nun — das muß hier anerkannt werden — dem Steiger Viets vom Vorwährenden die Gruppe geleitet und die Beklebung erteilt, daß man die Arbeiter anständig zu behandeln habe; sein ganzes Verhalten müsse er als höchst ungehörig bezeichnen. Auf die Frage, weshalb er den Arbeitern keine Anweisungen gegeben habe, wenn es an Holz gefehlt habe, was sie tun sollten, da man ihn doch aus diesem Grunde habe rufen lassen, gab der noble Herr zur Antwort: „Das müssen die Arbeiter selbst wissen.“ Herr Rechtsanwalt Frank als Verteidiger des Angeklagten ging sodann in seinem Blaboyer mit dem Gefangengesetzungen und angeblich mißhandelten Steiger Viets scharrt ins Gericht. Es sei das alte Lied, die Klagen der Bergarbeiter über Holzmangel und grobe Behandlung seitens einiger Beamten nahmen kein Ende. Wenn in der jetzigen schlechten Zeit die Löhne die ohnehin geforderten seien, noch durch Holzmangel beeinträchtigt würden und dann noch die Arbeiter, die um Abhilfe dieser Mängel bitten — wie auch in diesem Falle geschehen sei — noch überdrein beschimpft und angeschaut würden, so sei es zu verstehen, daß auch mal dem Arbeiter die Gale überlaufen könnte; denn so wie in den Wahlen hineintrete, so schalte er wieder heraus. Von den Zeugen sei Angeklagter als fleißiger Arbeiter bezeichnet. Sollte der Angeklagte wirklich wie Steiger Viets behauptet, ihn mit einem Stein geworfen, so könne man das verstehen, dann habe der Beamte Viets in der ungehörigen Weise zweifelsohne hierzu den Anschluß gegeben. Es sei daher, falls keine Freisprechung erfolge, in dem Falle der Steinwürfe — die anderen Fälle schieden von selbst aus, da Vi. ja selbst nicht einmal wußte, von wem er geschlagen war — um eine äußerst geringe Geldstrafe. — Der Staatsanwalt hatte 80 Mark Geldstrafe beantragt. Nach kurzer Beratung verlautete der Vorwährende das Urteil, daß der Angeklagte zu 50 Mark Geldstrafe eventuell zu 10 Tagen Haft verurteilt sei. Das Urteil hebt ausdrücklich hervor, daß außer der bisherigen Unbedenklichkeit des Angeklagten zur Milde des Urteils das ungehörige Vorgehen des Steiger Viets bei Übereinstimmung der Strafe berücksichtigt sei. So, nun hat die „Dortmunder Zeitung“, die diese Klappe, d. h. soweit sie die Arbeiter in Betracht kommen, als den reinsten Aufschluß hinstellt, das Wort. Zur endgültigen Klärung sei jedoch hier noch eine Frage an den Steiger Viets, den angeblich Mißhandelten gestellt: „Wie, Herr Viets, wollen Sie den Widerspruch, welcher in Ihren Zeugenaussage liegt, lösen, wonach Sie mit einem Stempel (5 Fuß langes Holz) geschlagen worden seien, obwohl Sie unter Eid selbst zugeben, daß Holz gefehlt hat?“ Es ist ferner schwer zu begreifen, wie jemand, der mit einem langen, schweren Stempel und einer Spiezhaken geschlagen wird, den Schläger nicht erkennt, aber mit Bestimmtheit weiß, wer aus einer ziemlichen Entfernung geworfen hat. Und das beim schwachen Schimmer der Grubenlampe!

Hannover, Braunschweig, Hessen-Lippe. Als er sich zwecks Werbung von Mitgliedern für den deutschen Bergarbeiterverband auf einer Hausagitation befand. Ein Gericht, wonach eine Frau Buchalla, Sterbegeld und Krankenunterstützung nach dem Überleben ihres Mannes nicht ausgezahlt werden sei, gab verschleierten Bergarbeitern Unschär, die Ehrlichkeit des Verbandes in Frage zu stellen. Mit welcher Absicht dieses Gericht verbreitet worden ist, habe ich anfangs meines Schreibens schon bemerkt. Gilt es doch, den bösen Kameraden eins auszuwischen. Um einer Legendenbildung vorzubeugen, sehe ich mich veranlaßt, folgendes festzustellen: Der am 4. Juli verstorbene Bergarbeiter Johann Buchalla trat dem Verband am 8. Februar 1908 bei, bezahlte Beiträge bis zum 1. Dezember 1908. Die weiteren Beitragszahlungen, trotz mehrmaliger Erinnerungen von Seiten der Ortsverwaltung, nicht mehr erfolgten, so war die Ortsverwaltung laut Statut verpflichtet, Buchalla als gestrichen beim Vorstand anzumelden, welches auch im Monat Februar geschehen ist. Nichtsdestoweniger erschien der spätere verstorbene Kamerad am 27. oder 28. April beim Vertrauensmann, um sich ebenfalls als französisches Mitglied anzumelden. Vom Vertrauensmann darauf ausmerksam gemacht, daß Unterstellungen doch nur an Mitglieder ausgezahlt würden, antwortete B. mit nichtsagenden Grüßen. Kurz nach dem Tode des betrübenden Kameraden wurde auch das Klänen an die Ortsverwaltung gestellt, der Freit Buchalla zwecks Erhaltung des Sterbegeldes doch behilflich zu sein. Dies wurde aber von Seiten der Ortsverwaltung aus obigen angeführten Gründen abgelehnt. Eine Frage meinerseits sei nun erlaubt: Kennst man das Verhalten der Ortsverwaltung in diesem Falle ein unehrliches oder ein korrektes Benehmen? Die Beantwortung dieser Frage überläßt ich getrost den Kameraden. Aus dem Geschilderten erscheint die Kameraden, daß man bereits Klage ausgestellt ist. Mögen diese Seiten dazu beitragen, die im Umlauf sich befindenden Lügengeschichte total zu zerstören.

Stecke. Noch nie ist es möglich gewesen, daß die Stecker Buchalla ein größeres Lokal zu Vermietungen oder Baulässtellen erhalten konnten. Jetzt, zurzeit der Krise, müssen sich die Herren Werte ihren Gewerbe sicher und sehen bald ein, daß sie das nur dann können, wenn sie mit den Arbeitern halten. Dieser Ansicht war auch der Wert Bischleben zu Königsseele, der Besitzer des größten Lokals in der Umgebung. In diesem Saal nach Gartenlägen feierte die Bahlstellen Steele ihr Baulässtreffen am 25. Juli 1908. Da es von den Bergarbeitern mit Freunden begnügt wurde, endlich mal ein geräumiges Lokal zu erhalten, so strömten aus den umliegenden Baulässtellen die Kameraden zum Fest, sodass der Saal bis zum Schluss der Feier überfüllt war. Die festgebenden Kameraden sorgten in reichlichem Maße für Unterhaltung, und jeder Festbesucher war recht zufrieden gestellt. Den zweiten Tag nach dem Fest kommt der bekannte Hausrat, der „dicle“ Melchers und renommiert bei den Bergarbeiterfrauen, es waren wahrhaftig noch keine schlechten Seiten; die Arbeitern feierten noch Feste, die mit 10 Stellern bebildert werden und geflossen wird da, daß man es gar nicht glauben sollte.“ Der „dicle“ Melchers ist unter den Arbeiternfrauen ein besonders bekannter Mann. Seine Ware, die er umsetzt, wird er gleichzeitig bei den Bergarbeitern los, die Bessergestellten kümmern sich wenig um Melchers. Jedermann sind noch keine schlechten Seiten bei ihm vorhanden, sonst würde er es sich sicher überlegen, bevor er so etwas sagt. Die Leute dieses werden es zu beherzigen wissen und ihren Frauen genügend Aufklärung geben, damit diese die Groschen lieber dem „dicle“ zukommen lassen, anstatt auf Baulässtern- oder Arbeiterfesten mit ihren Männern sich eine kurze Freude zu bereiten.

Overbergamtbezirk Bonn.

Aus dem Kölner Braunkohlengebiet. Wer das Arbeitersiedlung studieren will, kann das in reichstem Maße tun, wenn er seine Schritte in dieses Gebiet lenkt. Eine aus aller Herren Länder zusammengetriebene Arbeitersiedlung, wie man sie, das Voßringer Grenzgebiet ausgenommen, sonst nirgends findet, ermöglicht es dem Unternehmertum, Löhne nach Gefallen zu zahlen und seine Täfelchen immer mehr zu füllen bis zu zwölfstündigster anstrengender Arbeitszeit, so daß der Arbeiter am Abend seine Knochen nicht mehr spürt. Bier bis neun Pfennige Lohn pro Tag in Braunkohle, in diesen „Kleinen Lohn“ müssen sich die Kameraden zum Schluss aus dem Glanz der Feste, die sie selbst vorher überflügelten, so etwas sagen. Die Leute dieses werden es zu beherzigen wissen und ihren Frauen genügend Aufklärung geben, damit diese die Groschen lieber dem „dicle“ zukommen lassen, anstatt auf Baulässtern- oder Arbeiterfesten mit ihren Männern sich eine kurze Freude zu bereiten.

Schöningen. Sehr seltsam! Vor einigen Wochen machte die Bezirksleitung des Bergarbeiter-Verbandes die Bergarbeiter auf die Mißstände im Betriebe der Grube „Treue“ aufmerksam, aber bis heute hat die Bezirksleitung noch keine Antwort erhalten. Die Antwort ist vielmehr in anderer Weise erfolgt, indem ein Kamerad, welcher in den Verdacht stand, der Bezirksleitung das Material geliehen zu haben, auf die Strafverfolgung geworfen wurde, obwohl der Kamerad, der das Material in einer Organisation durchaus zu gebrauchen wußte, die Silbe mitgeteilt hatte. Statt Abstellung der vorhandenen Mitglieder, wirst man unschuldige Kameraden auf die Straße. Wenn die Leitung der Firma Döring & Lohmann denkt, dadurch die Krise zu

unterdrückt, so befindet sie sich auf dem Holzwege. Wir sind diesmal geneigt, den Dampfseel-Uberwachungsverein zu Braunschweig zu erlösen, die Kontrolle der auf Grube "Freie" befindlichen Lokomotiv- und Baggerschleife möglichst schwungvoll einzurichten. Auch wünschen die an den Ketten beschäftigten Leute, daß ein Beamter des Überwachungsvereins des östlichen pöblich und unerwartet erscheinen möchte, er würde dann eine ganze Menge von polizeilichen Vorschriften unbedacht finden, besonders was Inspektor- und Sicherheitsverordnung betrifft. Auch wäre es sehr wünschenswert, daß man nur Leute mit den nötigen praktischen Kenntnissen in der Behandlung der Maschinen auf diesen beschäftige, damit Fälsche, wie vor einigen Wochen, vermieden werden und es nicht wieder vorkommt, daß eine Maschine mit solcher Gewalt gegen einen Bagger rennt, daß alles zertrümmt wird und die herrenlose Maschine ohne jegliche Führung in zufriedenem Tempo durch den ganzen Raum bis zur Höhe läuft, und dort glücklicherweise von einem befreiten sich anstoßenden Förderer zum Stillstand gebracht werden muß, wodurch weiteres Unglück verhindert wurde. Ein Glück, daß es in der Eigenschaft war, wäre es in der Nachschicht passiert, hätten einige Menschen ihr Leben verloren. Hoffentlich genügt das Gesagte und wird Abhilfe geschaffen. Mit dem Hinzuwerken unschuldiger Arbeiter setzt sich die Freiheit Oerding und Bohmann nur selbst in ein schlechtes Licht, wird unsere Kritik der lebensgefährlichen Missstände in ihrem Verleben aber durchaus nicht hemmen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

An die Bergarbeiter im niederschlesischen Revier! In Ober-Altwasser (Nr. Waldenburg) ist der Obersteiger Bruchmann von Becke "Deutscher Kaiser" - Hornborn - tätig, um den früheren Menschenfischer wieder aufzunehmen, d. h. Leute nach Westfalen anzuwerben. Nun sind, wie ein jeder weiß, auch im Ruhrrevier die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, infolge der jetzt herrschenden Krise, hundertsschwer geworden. Neben diesen sind es Feierabend, Wochregelungen, Schwarze Waren usw., die den dortigen Kameraden das Leben zur Hölle machen. Alle Bergarbeiter sind heute im Ruhrgebiet ohne Arbeit, und würden es diese mit Freuden begrüßen, wenn sie Beschäftigung erhalten könnten. Nicht Arbeitsmangel ist es, der die Verwaltung zwingt auswärts Leute heranzutragen, der einzige Zweck, der damit verfolgt wird, ist, die Leute als Rohbehälter zu verwenden, um noch willkürlicher herrschen zu können als bisher. Das die Lohnverhältnisse auf die alte Deutsche Kaiser einen allgemeinen sein müssen, hat Bruchmann selbst vertraten. Erklärt er doch auf die Frage eines Kumpels, wie hoch die Löhne sind, daß sie nach Leistung geahnt werden. Weiter gab er zu, daß viele Bergarbeiter bisher mit M. 4,25 - 4,50 Lohn pro Schicht nach Hause gegangen sind, doch soll daran nicht etwa die Wohnbrüderlei der Bechternbörse, sondern nur die Ruppigkeit der betreffenden Arbeiter Schul sein. Man braucht sich nur zu beschweren, so würden sofort die Mängel untersucht beginnen, würden die betreffenden Personen vor einer andere Arbeit verlegt. Nach Meinung dieses lebenswürdigen Herren müßt die alte Deutsche Kaiser alle Bauarbeiter, welche nur zu finden sind, beschäftigen. Meinte er doch, daß es immer ein und dieselben Personen seien, welche so niedrige Löhne verdienten. Weiter warf Bruchmann den niederschlesischen Bergarbeiter nach anderen Lohnverhältnissen an den Kopf. Behauptete er doch, daß die niederschlesischen Bergarbeiter, besonders im Lohn- und Altschlagsbergbau, viel saugen und dummen, was die Verwaltung der alten Zeit habe, indem solche Leute ausgenutzt werden sollen. Kameraden des Waldenburgs Reviers! Soeben wird gemeldet, daß die Firma um mehrere Tausend Kameraden abgenommen hat und noch soll kein Stützpunkt in der Belegschaftsverteilung eingerichtet. Im Gegenfall, man beachtigt die Massenentlassungen und Lohnreduzierungen noch weiter und viel schärfer fortzusetzen als bisher. Kameraden, zeigt dem Agenten nebst seinem Chefsherrn Eichner die Stirn. Nicht im Ruhrgebiet, sondern hier in Niederschlesien hat jeder zu kämpfen, damit bessere Verdienstgrade geschaffen werden. Trete jeder dem Bergarbeiterverband bei und die niederschlesischen Bergarbeiter werden imstande sein, sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so zu gestalten, daß niemand mehr nötig hat nach auswärts zu verzichten. Für die hiesigen Bergarbeiter heißt es: Bleibe im Lande und organisiere dich, dann wird es besser werden.

Neurode. Die Volksverräte in Norden! In eine orgie Klemme sind die katholischen Fachobteller mit ihrem Frater Müller an der Spitze geraten. Die sonst so geduldigen und zufriedenen Anhänger, die man bisher mit noch so hanedlichen Schmiedeleien abschrecken konnte, fangen an, rebellisch zu werden. Die ungeheueren Lasten, die gerade das Zentrum jetzt wieder dem arbeitenden Volke in Gestalt von Braunkohle-, Eis-, Eis-, Tabak-, Bündholzsteuer u. a. m. aufgehaftet, dafür aber die millionenreichen Zentrumsgrasen und Fürsten gleichentartet, fangen an, auch ihre Wirkung auf das katholische Volk auszuüben. Von allen Seiten und Enden werden Revolten im katholischen Lager gemeldet, so in Weitzen, im Waldenburg, in Harzau, im Landesbauer und in Segeleg, im Neuroder Kreise. Selbst Erstandsmitsiedler katholischer Vereine lehnen den Volksbetreuern den Rücken bzw. schlagen tückig Gladau, was wahrhaftig nicht zu verwundern ist, war es doch ebenfalls das Zentrum, dem schon die durch die Getreidezölle geschaffene Ausschüttung des Volkes zu danken ist. Der jegliche Raubzug hat nun dem Fazit den Boden ausgeschlagen. Neben den Betrügerreien, die das Zentrum im Reichstage an dem arbeitenden Volke verübt hat, ist es noch die Erhöhung der Beiträge in den katholischen Fachabteilung, welche der Unglückschein neue Nahrung gibt. Brustsekretäre sollen angestellt werden, welche Wohlstand die genaueren Arbeiter mit 10 Pf. mehr Beitrug pro Woche bezahlen sollen. Darüber nun hohe Empörung unter den Mitgliedern, welche schon so weit gediehen ist, daß selbst die Geistlichkeit derselben kaum Herr zu werden vermag, sagen doch selbst Führer der Fachabteilung, daß die Beitragserhöhung, verbunden mit der Ausplündierung durch die neuen Steuern, überall massenhafte Wirkungsergebnisse im Gefolge haben wird. Interessant ist nun, mit welchen Mitteln man bestrebt ist, die höchst heilig gewordenen Anhänger wieder zu beschäftigen. In Neurode, wo der gut katholische Zentrumsgrat Magni Besitzer der Gruben ist, werden Hauerlöhne von sage und schreibe 2,70 M. und darüber pro Schicht ausgeschüttet. Da noch öfters Feierabend eingelegt werden, so ist ein Noitstand unter den Bergarbeitern ausgebrochen, wie er selbst 1904, vor Ausbruch des Streiks, nicht größer war. Heute wie damals geben wieder massenhafte Bergleute auf Nebenarbeit in Stein- und Kalkbrüche, auf die Landwirtschaft usw. Infolge dieses außerordentlichen Notstandes ist an Fleischgenuss überhaupt an eine richtige Ernährung, gar nicht mehr zu denken. Was tut die Fachabteilung, um diesem Notstand abzuholen? Sie beruft, natürlich unter dem Deckmantel des Arbeiters-Kontusses, eine Betriebsversammlung ein, zu der, heiläugig gelaufen, von ca. 150 Arbeitern 50 erschienen sind, in der nicht etwa an den Millionenprozenten Lohnforderungen gestellt werden sollen, sondern in der beschlossen wird, an den Grubenvorstand ein Gesuch zu richten, daß man auch in diesem Jahre das Bergquartal wieder gefeiert wird. Um den Arbeitern den Mund wässrig zu machen, wurde, trotzdem eine Anzahl die Auglosigkeit des Beginns vorausgesagt, beschlossen, falls die Fleischpreise keine Rendition erzielen, die Belegschaft sich einen eigenen Kofum für Fleischwaren schaffen müßte. Das war also die Sache, die die dem Arbeiter vom Zentrum geschlagenen Kunden wieder heilen sollte. Ein ähnlichnes Rezept hat am 25. Juli der dortige Fachstelle des Arbeiters herausgegeben. Dieser Herr mußte in der betr. Versammlung zugeben, daß eine gewaltige Erregung gegen das Zentrum, infolge der Streikrunderie im Volke vorhanden sei. Und was sind die Mittel, die dieser Mann seinen Scholchen anpreist? Haushaltungsküche werden sollen, ferner Reppe, der die Fachabteilung mit seiner Schmiererei zum Geschäft der ganzen Welt gemacht hat, soll auch hier seine Kunst beweisen. Welch ein Hohn, Welch eine Schmach für die ganze Arbeiterschaft. Man bedenke! Das Zentrum mit seinem Fachabteilungs-General Dr. Fleischer an der Spitze orientiert den ärnsten der Armen die alternotwendigsten Lebens- und Gebrauchsartikel und hier stellt sich ein Geistlicher, der an einem Tage mehr Entkommen hat als ein Magischer Bergarbeiter die ganze Woche, hin und predigt: Führt Haushaltungsküche, lest die katholische Presse und die Not hat ein Ende. Die Droschker der katholischen Fachabteilungen scheinen ihre Medizin, womit der Hunger kuriert werden soll, aus einem Geschäft zu beziehen. Durch die vom Zentrum fertig gebrachte Steuer auf Bündholzwerden, was selbst das Neuroder Zentrumsblatt in seiner Nummer vom 17. Juli zugibt, massenhaft Bündholzarbeiter auf Straßenspülster fliegen und der größte Not auheimfinden. Und was ist das Mittel, welches dieses famose Blatt den Altenkirchen, den Heimarbeitern anpreist? Wer sich euch gegen Arbeitslosigkeit in der Kasse des Verbandes katholischer Vereine erwerben kann, posaunt dieses Blatt in die Welt hinaus. Zum Dank, daß das Zentrum euch nach ausgezogen, opfert auch noch den letzten Heller, den man euch noch übrig gelassen hat, den Volksbetreuern vom Schlange das Zentrum, "Gesellschaft", eine gräßliche

Stupselosigkeit, ein gräßlicher Hohn auf die Armut ist wohl noch nicht dagewesen. Angesichts solcher beschämenden Tatsachen braucht man sich nicht zu wundern, wenn es auch in den Zentrumsländern ansteigt zu tagen. Tagtieren wir solange, bis auch der letzte Zentrumsschändiger dieser Gesellschaft den Rücken kehrt, erst dann wird die stupselose Ausbeutung ihr Ende finden.

Süddeutschland und Reichslande.

Niedersachsen. Nationaler Radau. Am Sonntag, 1. August, fand in Marien im Osterland eine öffentliche Bergarbeiterversammlung statt, in der sich auch einige Vertreter des Gemeindekreisels König aus Niedersachsen einfanden, die aber in der Versammlung nicht den Platz hatten, Radau zu machen, weil von Breitenbach, Altenkirchen und Ottmarsheim 20 Verbandsmitglieder anwesend waren. Sie zogen es daher vor, einer nach dem anderen den Saal zu verlassen, um dann im Wirtshaus, porträtierte Lieber, singend, auf die Versammlung störend einzutreten, doch war der Vieh-Wirt umsonst. Als die Versammlung zu Ende war und die Teilnehmer noch in Niedersachsen in der Wirtschaft Adolf Zimmer zusammenkamen und dann das Bild anstimmten: Glück auf, Kameraden, durch Nacht zum Licht, sangen auch die vom Gemeindekreisels König angeführten an, patriotische Lieder zu singen. Ganz besonders taten sich darin hervor die Gebr. Drumm und Pfander, auch der Polizeizer tat kräftig mit. Dann stand der Gemeindekreisler auf und hielt ungestört folgende Ansprache: Wir danken Gott, daß wir noch gute deutsche Patrioten, national gesinnte und in geordneten Verhältnissen lebende deutsche Männer sind, aber nicht wie jene, die dort sitzen am Tische sitzen, die laut Schnapslunzen und Gottesträmer sind und mit zerissenem Hosen und in Lumpen auf der Straße herumlauen. Die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes sprengten dem Reiter des Osterlandes ironischen Beifall, worüber Herr König und seine Kameraden so in Blut gerieten, daß sie die bösen Sozji hinaus schmeissen wollten. Ganz besonders hatte es der Gemeindekreisler König auf den Bezirksleiter Hettendorf abgesehen, denn er rief wütend aus: Dort sitzt der Lump, der aus Bayern ausgemerzt und nach Preußen mutte. Man sollte es gar nicht glauben, wie sehr die Wahl in Neustadt-Vandau den national-liberalen Männer in die Blicke gefahren ist.

An die Bergarbeiter des Gesamt-Steinkohlenwerks Obernkirchen!

Kameraden! Seit fast einem Jahrzehnt ist der deutsche Bergarbeiter-Verband bemüht, die wirtschaftliche Lage der bleibigen Bergarbeiter zu verbessern. Zum Teil ist ihm dieses in den früheren Jahren gelungen, dennoch ist der Lohn auch heute noch sehr niedrig. Der Hauerlohn beträgt vier Mark pro Schicht, dagegen muß der große Teil der festigen Arbeiterschaft, Tagesarbeiter und Försterleute, mit 1,80 - 2 M. pro Schicht vorlieb nehmen. Seit zwei Jahren bemüht man nur nun vergleichbar, diese gewiß niedrigen Löhne in etwas aufzuhöhen; der Arbeitersatzkost ist wiederholt derselbst vorstellig gemacht worden, er wurde mit billigen aber nicht tragbaren Methoden abgewiesen. Nahezu 1500 Bergarbeiter wandten sich im vorigen Jahre mit einer Petition um 20 Pf. Lohnverhöhung an die preußische Regierung, an den preußischen Landtag und an den Fürsten von Schaumburg-Lippe, die Petition wurde im Landtag verhandelt und abgelehnt. Für die geduldigen Bergarbeiter hörte man kein Gehör, aber an demselben Tage wurden den ohnehin schon gutbezahlten Käfern viele Millionen bewilligt. Und diese Abteilung der Bergarbeiterförderung bei geradezu endem Überfluss des hiesigen Werkes: Es betrug der Überlauf 1908: 880000 M. 1907: 1045000 M. Denkt aber noch nicht genug. Es leistete sich der Abgeordnete Brust noch dazu die Niedertracht, die hiesigen Bergarbeiter der Zukunft zu bestimmen. Diese Niedertracht des Abgeordneten Brust scheint für die Werksverwaltung ein willkommener Anlaß geworden zu sein, um durch höchst erneutes des Wedingessols und Antreiber noch höhere Leistungen heranzuzuhören.

Statt Verbesserung, will man anscheinend eure so schon elende Lage verschlechtern. zunächst wird der Gedingeßol so hoch geschränkt, daß er nicht geleistet werden kann und dann entsprechend der Lohn gestrichen. So stellen wir fest, daß im Monat Juni bei circa 40 Arbeitern 112 M. in den letzten drei Monaten abgezogen waren. Im Monat Juli herzig dieses Abzug bei 88 Arbeitern 142 M. Beschwerden gegenüber hatte man oftmals nur höhrende Antworten.

Kameraden glaubt nicht etwa, daß dieses nur auf einem oder zwei Schächten bleibt wird. Kommt man jetzt mit dieser Praxis durch, wird man es auf den andern Schächten auch versuchen und die Verschlechterung ist allgemein da. Hinzu kommt die Teuerung fast aller Lebensmittel, das Steigen der Steuern und weitere Hunderte Millionen sollen von den Arbeitern an neuen Steuern aufgebracht werden. Mit der größeren Ausdehnung der Arbeitern nehmen die Missstände zu und vermehren sich die Unfälle.

Kameraden, mit bauen auch jetzt versucht, diese Verschlechterung abzumehrern. Der Arbeiterausbau ist wieder vorstellig geworden, leider wieder in der hauptsächlich ergebnislos. Regrettisch, daß die Unzufriedenheit unter den Kameraden wächst und diese energischere Maßnahmen fordert.

Die Verbandsleitung kann die Frage, ob sie im Guten alles versucht hat, um die Interessen der Kameraden zu wahren, mit Ja beantworten, sie muß die Frage, ob wir die Verantwortung für eine Fassung der Bergarbeiter tragen wollen mit Nein beantworten. Für eine Verschlechterung der Arbeiterlage kann die Verbandsleitung die Verantwortung nicht übernehmen und deshalb rufen wir hiermit die Kameraden zur Entscheidung auf!

Mit Zustimmung des Verbandsvorstandes beruft hiermit die Bezirksleitung zum Sonntag, den 29. August beim Galerie-Meier in Sülfen eine gemeinsame Konferenz ein, mit der Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter des Gesamtsteinkohlenwerks Obernkirchen und lassen wir Verschlechterungen zu?

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, sofort Mitgliederversammlungen einzuberufen und in jeder Schäfte eine Versammlung und die Verschlechterung ist allgemein da. Hinzu kommt die Teuerung fast aller Lebensmittel, das Steigen der Steuern und weitere Hunderte Millionen sollen von den Arbeitern an neuen Steuern aufgebracht werden. Mit der größeren Ausdehnung der Arbeitern nehmen die Missstände zu und vermehren sich die Unfälle.

Kameraden, mit bauen auch jetzt versucht, diese Verschlechterung abzumehrern. Der Arbeiterausbau ist wieder vorstellig geworden, leider wieder in der hauptsächlich ergebnislos. Regrettisch, daß die Unzufriedenheit unter den Kameraden wächst und diese energischere Maßnahmen fordert.

Die Verbandsleitung kann die Frage, ob sie im Guten alles versucht hat, um die Interessen der Kameraden zu wahren, mit Ja beantworten, sie muß die Frage, ob wir die Verantwortung für eine Fassung der Bergarbeiter tragen wollen mit Nein beantworten. Für eine Verschlechterung der Arbeiterlage kann die Verbandsleitung die Verantwortung nicht übernehmen und deshalb rufen wir hiermit die Kameraden zur Entscheidung auf!

Mit Zustimmung des Verbandsvorstandes beruft hiermit die Bezirksleitung zum Sonntag, den 29. August beim Galerie-Meier in Sülfen eine gemeinsame Konferenz ein, mit der Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter des Gesamtsteinkohlenwerks Obernkirchen und lassen wir Verschlechterungen zu?

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, sofort Mitgliederversammlungen einzuberufen und in jeder Schäfte eine Versammlung und die Verschlechterung ist allgemein da. Hinzu kommt die Teuerung fast aller Lebensmittel, das Steigen der Steuern und weitere Hunderte Millionen sollen von den Arbeitern an neuen Steuern aufgebracht werden. Mit der größeren Ausdehnung der Arbeitern nehmen die Missstände zu und vermehren sich die Unfälle.

Kameraden, mit bauen auch jetzt versucht, diese Verschlechterung abzumehrern. Der Arbeiterausbau ist wieder vorstellig geworden, leider wieder in der hauptsächlich ergebnislos. Regrettisch, daß die Unzufriedenheit unter den Kameraden wächst und diese energischere Maßnahmen fordert.

Die Verbandsleitung kann die Frage, ob sie im Guten alles versucht hat, um die Interessen der Kameraden zu wahren, mit Ja beantworten, sie muß die Frage, ob wir die Verantwortung für eine Fassung der Bergarbeiter tragen wollen mit Nein beantworten. Für eine Verschlechterung der Arbeiterlage kann die Verbandsleitung die Verantwortung nicht übernehmen und deshalb rufen wir hiermit die Kameraden zur Entscheidung auf!

Mit Zustimmung des Verbandsvorstandes beruft hiermit die Bezirksleitung zum Sonntag, den 29. August beim Galerie-Meier in Sülfen eine gemeinsame Konferenz ein, mit der Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter des Gesamtsteinkohlenwerks Obernkirchen und lassen wir Verschlechterungen zu?

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, sofort Mitgliederversammlungen einzuberufen und in jeder Schäfte eine Versammlung und die Verschlechterung ist allgemein da. Hinzu kommt die Teuerung fast aller Lebensmittel, das Steigen der Steuern und weitere Hunderte Millionen sollen von den Arbeitern an neuen Steuern aufgebracht werden. Mit der größeren Ausdehnung der Arbeitern nehmen die Missstände zu und vermehren sich die Unfälle.

Kameraden, mit bauen auch jetzt versucht, diese Verschlechterung abzumehrern. Der Arbeiterausbau ist wieder vorstellig geworden, leider wieder in der hauptsächlich ergebnislos. Regrettisch, daß die Unzufriedenheit unter den Kameraden wächst und diese energischere Maßnahmen fordert.

Die Verbandsleitung kann die Frage, ob sie im Guten alles versucht hat, um die Interessen der Kameraden zu wahren, mit Ja beantworten, sie muß die Frage, ob wir die Verantwortung für eine Fassung der Bergarbeiter tragen wollen mit Nein beantworten. Für eine Verschlechterung der Arbeiterlage kann die Verbandsleitung die Verantwortung nicht übernehmen und deshalb rufen wir hiermit die Kameraden zur Entscheidung auf!

Mit Zustimmung des Verbandsvorstandes beruft hiermit die Bezirksleitung zum Sonntag, den 29. August beim Galerie-Meier in Sülfen eine gemeinsame Konferenz ein, mit der Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter des Gesamtsteinkohlenwerks Obernkirchen und lassen wir Verschlechterungen zu?

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, sofort Mitgliederversammlungen einzuberufen und in jeder Schäfte eine Versammlung und die Verschlechterung ist allgemein da. Hinzu kommt die Teuerung fast aller Lebensmittel, das Steigen der Steuern und weitere Hunderte Millionen sollen von den Arbeitern an neuen Steuern aufgebracht werden. Mit der größeren Ausdehnung der Arbeitern nehmen die Missstände zu und vermehren sich die Unfälle.

Kameraden, mit bauen auch jetzt versucht, diese Verschlechterung abzumehrern. Der Arbeiterausbau ist wieder vorstellig geworden, leider wieder in der hauptsächlich ergebnislos. Regrettisch, daß die Unzufriedenheit unter den Kameraden wächst und diese energischere Maßnahmen fordert.

Der Vorstand hat daher beschlossen, Sammelstellen herauszugeben, um durch allgemeine Sammlung bei unseren Mitgliedern größere Mittel aufzubringen. Der Vorstand weiß sehr wohl, daß unsere Kameraden in der heutigen Zeit, wo sie selbst schwer unter den Folgen der wirtschaftlichen Krise zu leiden haben, nicht in der Lage sind, größere Beträge zu zeichnen. Über tausendmal größer noch als die Not unserer Kameraden und ihrer Familien in Schweden. Daher erfordert es die Solidarität, daß wir unseren Bissen Brot mit ihnen teilen. Gabe jeder nach seinem Vermögen, viele Wenig machen ein Viel. Also auf, Kameraden, zu eifriger Sammlung und Opferwilligkeit! Tragen wir Vergleiche, soviel in unseren Kräften steht, dazu bei, den Sieg unserer schwedischen Kameraden herbei zu führen. Auch wir können über kurz oder lang wieder in die Lage versetzt werden, die Solidarität unserer ausländischen Kameraden in Anspruch nehmen zu müssen.

Sammelstellen erhalten die Ortsverwaltungen von ihren Bezirksleitern und an diese wollen sie auch die gesammelten Beträge nebst den Listen wieder abliefern.

Mit Glückauf!

Der Vorstand. J. A. Witt.

Letzte Nachrichten.

Der Generalstreik in Schweden, an dem rund 800000 Arbeiter beteiligt sind, dauert nun über 14 Tage, ohne daß eine Rendition in dem Kämpfe eingetreten ist. Vermittlungen sind bisher zwar angebahnt, aber nicht zum Austrag gekommen. Die Unternehmer stellen sich halbstarrig. Aber auch die Arbeiter verharren auf dem Standpunkt, diesen Kampf solange fortzuführen, bis den machtvollsten Fabrikanten ein solcher Druck ausgeübt ist, daß sie in Zukunft sich ändern, freie Aussprachen der Arbeiter zu gewähren. In allen Ländern der Erde, wo organisierte Arbeiter wohnen, ist die Solidarität für die kämpfenden Arbeiter in Schweden im Gange.

Briefkasten.

Wir ersuchen die Kameraden, sich doch an die reaktionellen Regelungen bei Poststellen der Bezirke zu halten, schmales Papier und nur auf einer Seite und zwar mit Tinte zu schreiben. — Dr. J. Beambauer. Nur das Krautengeld. — Mehrere Einfragen. In Serbien und Brasilien wissen wir keinen Beveld. Soviel aber kann gesagt werden, daß sich jeder hält soll. Nicht eher abwandern, bis durch Freunde oder Verwandte die spätere Existenz garantiert ist. Auf lohe Versprechungen von Agenten gebe man nichts. Man fällt gewöhnlich über die Ohren in den Dreck.

Berichtsnachrichten.

Wurm-Geschweller Revier.

Achtung! Bergbandsmitglieder.

Die Geschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung, von Otto Que, wird voraussichtlich im Frühjahr 1910 zur Ausgabe gelangen. Damit wird ein langgehegter Wunsch erfüllt.

Das Werk wird in zwei Bänden, gut gebunden, jeder Band 400 bis 500 Seiten stark, erscheinen. Nach den vorläufigen Übernahmen wird enthalten, Band I: Darstellung des Bergbaus und der verwandten Glütenindustrie im Altturum (Ägypten, Karthago, Griechenland, römisches Reich), das Sslaventum der damaligen Bergleute, ihre barbarische Drangalierung durch einen hunderttausend Großkapitalismus, ihre verzweigten Käuffen usw. In der II. Darstellung des ersten Bandes gelangen die Bergbau- und Bergarbeiterverhältnisse im alten Germanien, sodann die bergbaulichen Zustände und sehr ausführlich die für unsere Zeit außerordentlich bedeckten Verhältnisse der deutschen Bergknappen und Glütenarbeiter im Mittelalter zur Darstellung. Gestützt auf ein reiches Quellenmaterial werden die Vohn- und Gedingerichte, die Schichten, der Nebenschmied, die staatsbürglerlichen und kommunalen Vorrechte der Knappen, ebenfalls ihre uralten knappshaftlichen Organisationen und ihre tapferen Kämpfe gegen Arbeiteraufständen geschildert.

Wer die gegenwärtigen Kämpfe und Fortbewegen der Bergarbeiter voll versteht und begründen will, der muss die mittelalterlichen Bergbau- und Glütenzustände kennen, denn hier liegt die Erklärung für die eigenartigen Erscheinungen in der neuzeitlichen Bergarbeiterbewegung.

Band II wird enthalten die Schilderung der Bergbau- und Bergarbeiterverhältnisse in der neuen Zeit, unter der Geltung des sogenannten „freien Arbeitsvertrages“. Es wird gezeigt, wie der „freie Arbeitsvertrag“ zu verstehen ist als die Entstehung des Großkapitalismus zwecks schrankenloser Ausbeutung der Erbschäfte und der Arbeiter. Geschildert wird, wie Stück um Stück um die alten Knappenrechte den Kapitalismus zum Opfer fielen, wie die Schichten verdrängt, die alten Vorchriften über Gedingsätze, Vohnzahlungen und Werktagskontrolle abgeschafft wurden, infolgedessen die heute autage getrennte körperliche Vereinigung der Bergarbeiter und die Massenvergänglichkeiten (Burgler, Schächte, Camphausen, Neu-Heilbronn, Blumenthal, Frankenholz, Wrangelschacht, Brüderbergshacht, Hibernia, Karolshengst, Borussia, Rieden, Klein-Rosseln, Radbod usw.) naturnotwendig kommen mussten.

Desgleichen wird, und zwar sehr eingehend, die allmähliche Entrichtung der Bergleute in der Verwaltung der Knappenschaften dargelegt, eines der traurigsten Kapitel in der Bergarbeitergeschichte Deutschlands. Welche Kämpfe die Kameraden seit Inkrafttreten des „freien Arbeitsvertrages“ in Oberschlesien, Niederschlesien, Königreich Sachsen, Mitteldeutschland, Hannover-Braunschweig, Rheinland-Westfalen, Süddeutschland, Saargebiet und Lothringen gegen ihre Ausbeuter führten, wie oft, von welcher Seite und mit welchen Mitteln die Organisationsversuche der Bergarbeiter hintertrieben wurden, wer die Berßplitterer und Einigkeitsfeinde in Würlichkeit waren, das alles soll in dem Buche dokumentarisch und unverfälscht aufgedeckt werden.

Der Preis des Buches wird sich für Nichtverbändler auf 18 bis 14 M. stellen. Wir sind jedoch infolge eines Abschlusses mit

der Firma S. & H. W. Vogel, in deren Verlag das Buch erscheint, in der Lage, dieses Geschichtswerk für nur 8 M. an unsere Mitglieder abgeben zu können.

Um jedem Mitglied die Anschaffung zu ermöglichen, haben wir uns im Einverständnis mit der Verlagsfirma entschlossen, Einzeichnungsslisten herauszugeben. Die Vertrauensleute sind im Besitz dieser Einzeichnungsslisten.

Wer sich sofort einzeichnet, kann den Preis des Buches in 50 Pf. abzahlen. Alles andere ist beim Vertrauensmann zu erfahren.

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß wer sich jetzt nicht einzzeichnet, später nicht darauf rechnen kann, daß Buch zu dem billigen Werkspreis bekommen zu können.

In der Erwartung, daß recht viele Kameraden aus allen Revieren nunmehr das Geschichtswerk bestellen, rechnet mit kameradschaftlichem Glück auf! Der Vorstand.

N.B. Die Einzeichnungsslisten sind an die Firma S. & Hansmann & Co., Bochum, einzulenden.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Märkstein. Jeden Sonntag nach dem Rathstag, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Bock in Wallerich. Zahltag der Beiträge.

Wolmirstedt. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats.

Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats:

Engelkingen (Sortheing). Nachmittags 8 Uhr, im „Hohenjollern-Hof“.

Aken a. d. Elbe. (Zeilangabe fehlt.) In der „Helmut“.

Wittstock. Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Seeger in Emmerstedt.

Bornsdorf. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale der Witwe Kreuzberg.

Beendorf. Nachmittags 8 Uhr, im Gasthof „Zum Waldbauer“.

Charlottenburg. Nachmittags 8 Uhr, im Gewerbeschäftsbüro.

Döhren. Nachmittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Weigand, Oberdöhren.

Deuben. Nachmittags 10 Uhr, im Restaurant des Herrn Kunath.

Dreblau. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Küper.

Egeln. Nachmittags 8 Uhr, im „Wilhelmsgarten“.

Giebel. Nachmittags 4 Uhr, im „Schusterstall“.

Gräbich. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Langenrich.

Gierswalde. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Kaulz in Schnepe.

Groß-Schönig. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Bäckers.

Güsten. (Zeilangabe fehlt.) Im Gasthof „Zum schwarzen Bären“.

Helmstedt. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Zur guten Quelle“, Stions Nr. 2.

Hönniesleben. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale der Witwe Hallermann.

Hettstedt. Nachmittags 4 Uhr, im Gewerbeschäftsbüro.

Klein-Jahns. Nachmittags 2 Uhr, im Gewerbeschäftsbüro.

Köppisch. Nachmittags 8 Uhr, im Gewerbeschäftsbüro.

Kroppenstedt. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wilse.

Lauterberg. I. Orts. Nachmittags 8 Uhr, im Schuhhaus.

Leipzig-Dölln. Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Schott, Dölln.

Schleuse-Stein-Gallenberg. Nachmittags 4 Uhr, Lokal unbestimmt.

Schleuse. Nachmittags 2 Uhr, im Gewerbeschäftsbüro.

Schönigkühn. Nachmittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Stumpf, Görlitzerstraße 60.

Schöningen. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Bäckers.

Scheden. Nachmittags 5 Uhr, im Restaurant „Zur Wartburg“.

Schedenbergsdorf. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof zu Schöningen.

Schedenwitz. Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Engel.

Schöningen. Abends 7 Uhr, im Lokale „Schönigkühn“.

Schönenberg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Heinz Schönenberger, Schönenbergstr. 72.

Schönenberg. Vortrag, Referent zur Stelle.

Schönenberg. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich Schönenberger, Schönenbergstr. 72.

Schönenberg. Vortrag, Referent zur Stelle.

Schönenberg. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich Schönenberger, Schönenbergstr. 72.

Schönenberg. Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen.

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen

Sonntag, den 22. August 1909:

Wittenberg. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn F. Böhrlein.

Vortrag über die Unfall- und Invalidenversicherung. Referent: Oberleiterkellner Karl Becker, Saarbrücken.

Brandenb. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Eickermann.

Die leichten Vorgänge im Allg. Knappenschaftsbüro und die bevorstehende Volkszählung. Referent: Kamerad Ernst Noldz, Markt.

Wittenberg. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Christ. Wagner.

Wittenberg. Vortrag über die Unfall- und Invalidenversicherung. Referent: Oberleiterkellner Karl Becker, Saarbrücken.

Cöln u. Umg. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Drei Kronen“ in Cöln. — Käufe, Berggelegenheit und was haben wir zu tun? Referent: Kamerad Hermann Weber, Leopoldshöhe.

Gerten u. Umg. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn August Heinemann in Gerten. — 1. Die leichten Vorgänge im Allgemeinen Knappenschaftsbüro zu Bochum und die angenehme Lage der Bergarbeiter. 2. Verschiedenes. Referent zur Stelle.

Wittenberg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Vogt. — Die leichten Vorgänge im Allg. Knappenschaftsbüro und die bevorstehende Volkszählung. Referent: Kamerad Franz Bolzny, Bochum.

Wittenberg. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Kameraden Joh. Müller. — Die gegenwärtige Lage der Bergarbeiter und die neue Reichsfinanzreform. Referent: Kam. J. Leimpeters, Saarbrücken.

Wittenberg. Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Klingeisen.

Die gegenwärtige Lage der Bergarbeiter und die neue Reichsfinanzreform. Referent: Kamerad Joh. Leimpeters, Saarbrücken.

Sonntag, den 29. August 1909:

Wittenberg. Vormittags 11 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Weit in Auen, Kirchstraße. — Die Berggewaltigung der Industriebüro durch die Wertschöpfer im Allg. Knappenschaftsbüro und die gegenwärtige Lage der Bergarbeiter. Referent zur Stelle.

Blankenstein. Nachmittags 2 Uhr, im Saale des Gasthauses „Zur Sonne“ in Kesselsdorf. — Die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter. Referent: Kamerad Herm. Weit, Zieg. Steinberg u. Umg. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Höff. in Steinberg. — Die gegenwärtige Lage der Bergarbeiter. Referent: Kamerad Joh. Leimpeters, Saarbrücken.

Sonntag, den 5. September 1909:

Eschingen, Oßweiler, Albersdorf, Höhnsleben, Esbeck, Böbbenscheid u. Umg. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Witwe Käppler (Ney's Gärten) in Eschingen. — 1. Die Ursache der schlechten Verhältnisse der hiesigen Braunkohlenbergleute und die Mittel zu ihrer Befriedigung. 2. Welche Organisation müssen sich die Bergarbeiter anschließen? Referent: Kamerad Max Göttsche, Hannover.

Kameraden, erscheint zahlreich in diesen Versammlungen!

So lange ich denken kann, war ich nur ein halber Mensch.

Ich bin kein Sohn und abgekommen gewesen, hatte, obwohl ich blauhaarig war, immer Rosenblätter und sah aus wie der Tod. Das ganze Jahr war ich in kreativer Behandlung, nahm alle möglichen blutstillenden Mittel ein, aber vor einer Behandlung nahm ich keine Sumpf. Mit der Zeit wurde ich mehr und mehr. Ein Freund der See bestellte mir 20 Pfund Bismarcköl Stadtbrunnen-Mon nam des Jägers für die See. Ich habe es nicht bekommen. Ich wurde schwach. Plötzlich kam ich eine Flasche gewünscht hatte, vor ich ein anderer Mensch. Wenn ich mich schwach in Bett legte, lag ich nicht so ruhig, wenn ich morgens aufwachte. Und das diente ich nicht Gott. Ich bin wieder besser geworden. — Mit Freuden teilte ich Ihnen mit, daß ich eine Tasse gebraucht habe, die ich erworben habe. — Das Beste, was ich kann, ist ein ganz glücklich, daß es mir so gut geht. — Der Stahlkoffer hat bei meiner Frau beschädigt geworfen. — Es ist für alle Leute eine wahre Qualität. — Das Beste ist einfach tödlich und sieht hellwirrend wohl einzig in seiner Art auf der ganzen Welt da. — Solche Worte der Anerkennung nach erprobten Fakten sind der besten Beweise für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Erkrankte im Hause mit verschiedenster Geschwulst waren empfohlen. Keine Berufskrankung. Ausführliche Mitteilungen über Erfolge und Anwendungsergebnis werden durch die Verwaltung des Komitees der Stiftungsruine in Dasselb. SW. 194.

Zur ges. Beachtung!

Strickmaschinen liefer. Käppler & Cie., Düsseldorf.

Extra starke Strickmaschinen.

50 Pf. M. portofrei, 300 Pf. E. Walther, Halle a. S. Strickmaschine 12.

5. Hansmann & Co., Bochum.

Ernst Machnow, Arconia-Fahrräder

Neu Fahrräder 25.—, 40.—, 50.—, 70.—, in elegantester Zug-Sauflage 75.— (mit Zubehör 90.— mehr).

10 Jahre Garantie. Direkt 1000 Stück gebrauchte, in Zahlung genommen Fahrräder 10, 15, 20, 25, 30.—, Luftheaden 1,50, 2,00, Fußsäulen 1,50, 2,00 Pf. Verlangen 5 Pf. gratis, franz. 5,45.

Katalog mit circa 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.

Jonass & Co., Berlin SW. 258 Bello-Alliance-Strasse 3.

Nachmittags 8 Uhr, im Gewerbeschäftsbüro.

Ernst Machnow, Arconia-Fahrräderfabrik, Berlin C. Weinmeisterstr. 41.

Handelsausland Kunden.

<p